FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 1 / März 2008
7. Jahrgang

Mutlanger Manifest und europäische Bürgermeisterklärung

Zwei Papiere - ein Ziel

Zum 20. Jahrestag des INF-Vertrages meldeten sich die Mayors for Peace in zwei einander ergänzenden Erklärungen zu Wort: Die US-Atomwaffen in Europa müssen abgezogen werden. Nato-Generalsekretär De Hoop-Scheffer erwiderte: „Wir haben keine Planungen, unsere Nuklearpolitik zu ändern."

Einzig die USA haben Atombomben in Nicht-Atomwaffenstaaten stationiert. Die Bürgermeister der aktuellen europäischen Stationierungsorte forderten in einer gemeinsamen Erklärung die Wiederbelebung der Abrüstung.

Europaweite Koalition

Landrat Onnertz aus dem Landkreis Vulkaneiffel bei Büchel und die Bürgermeister von Peer (Belgien), Aviano und Ghedi (Italien), Uden (Niederlande) sowie Incirlik (Türkei) bedauern, dass die USA nicht dem sowjetischen Beispiel folgten: „Der Warschauer Pakt wurde nach Ende des Kalten Kriegs aufgelöst und die russischen Atomwaffen aus den nun selbstständigen Staaten Ukraine und Weißrussland abgezogen."

Vorbildlicher Vertrag

Die Präsidenten Reagan und Gorbatschov besiegelten mit dem INF-Vertrag am 8. Dezember 1987 die Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen. Mutlangen wurde atomwaffenfrei. Zwanzig Jahre danach wurde nun im Mutlanger Rathaus das Mutlanger Manifest unterzeichnet. Landrat Pavel, der Mutlanger Bürgermeister Seyfried und der Gmünder Oberbürgermeister Leidig würdigen darin den einzigartigen Abrüstungsvertrag und beklagen, dass in Deutschland noch immer Atombomben lagern.

Überraschender Vorschlag

Sie sorgen sich über die im Sommer angedrohte Kündigung des INF-Vertrags durch Russland, womit es auf die Raketenabwehrpläne der USA - Raketen in Tschechien, Radar in Polen - reagiert. Sie begrüßen aber den gemeinsamen Vorschlag der USA und Russlands, die Multilateralsierung des INF-Vertrags zu diskutieren, den sie im Herbst in der Vollversammlung der UNO vorlegten.

Beim Wort nehmen

Das Mutlanger Manifest wurde den Missionen an der UNO in Genf übergeben. Der deutsche Botschafter Brasak erklärte im Gespräch mit der Pressehüttendelegation, die im Manifest aufgestellte Forderung nach Erhalt und Ausweitung des INF-Vertrages würde vom Außenminister unterstützt. Am folgenden Tag baute er, abweichend von der schriftlichen Vorlage, in seine Rede auf der Abrüstungskonferenz die positive Bewertung einer Multilateraliserung des INF-Vertrags ein.

Zusammen mit INESAP bereitet die Friedenswerkstatt nun für die Aktionsreise zur UNO einen Workshop vor, um das Mutlanger Manifest und die Ausweitung des INF-Vertrages mit Diplomaten, Wissenschaftlern und anderen NGO-Vertretern zu diskutieren. **wsh ●**

Das Mutlanger Manifest finden Sie vollständig im Innenteil des FreiRaums.

Den gemeinsamen Text der Bürgermeister der Stationierungsorte im Internet unter: http://www.mayorsforpeace.de/inhalt/mayors-aktuell-z.php?ID=296

Schwäbisch Gmünds Bürgermeister Joachim Bläse (links), Mutlangens Bürgermeister Peter Seyfried (Mitte) und WolfgangSchlupp-Hauck bei der Unterzeichung des Mutlanger Manifestes. Bild: Regina Hagen

Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt: Widerstand in Europa
Erklärungen, Proteste und Aktionen gegen Atombomben und Raketenabwehrpläne in Europa, Kritik am Kriegskurs der NATO S. 4 – 8

BANg Einladung nach Genf
Schlafen im Atombunker, Aktionen für eine atomwaffenfreie Welt, Planspiel zur Nuklearwaffenkonvention S.9.

Vor der eigenen Tür kehren
Aufruf zur Aktionswoche in Büchel: den Fliegerhorst umrunden, und zivilen Ungehorsam leisten S. 10 und Beihefter

Lobbyarbeit gegen Uranwaffen
UN verabschiedet DU-Resolution und Vizepräsidentin des EU-Parlaments klagt an S.12

Weltraumaufrüstung
Raktenabwehr und Antisatellitenwaffen S. 13

Termine und Routen
für Friedensradler S.16

Beihefter:
- Flyer zur Aktion in Büchel
- Rundbrief ZUGABe

Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen

Pressehütte

Editorial

Liebe FriedensfreundInnen,

es wird Zeit, dass die auf Profit und Machtausbau ausgerichteten Atomwaffen wieder verschwinden.
Am 22. Januar veröffentlichte die britische Zeitung The Guardian einen Bericht über ein Strategiepapier fünf hochrangiger ehemaliger Nato-Generäle, darunter der ehemalige Bundeswehr-General Klaus Naumann.
Es proklamiert atomare Erstschläge gegen Nichtatomwaffenstaaten als Teil der NATO-Strategie. Ein sehr enger Mitarbeiter von Javier Solana, dem Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Robert Cooper, wird so zitiert: „Es könnte sein, dass wir als erste Atomwaffen einsetzen, ich würde mich allerdings hüten, das laut zu sagen." Bis zum Gipfel 2009 anlässlich des 60. Jahrestages der NATO, voraussichtlich in Berlin, soll diese Strategie im neuen NATO-Konzept - bindend für die nächsten 10 Jahre - fertig sein. Und Büchel mittendrin. Eine Transformation der Bundeswehr noch weiter in Richtung Intervention könnte dann bedeuten, dass deutsche Soldaten zukünftig in Afghanistan Atomwaffen einsetzen müssen, wenn die USA als Befehlshoheit der NATO dieses fordern, weil ihrer Ansicht nach das Ganze nicht anders unter Kontrolle zu bekommen ist. Es geht um die Vorstellung der „Führbarkeit regionaler Atomkriege" im sogenannten Krieg gegen den Terror. Zum Glück gibt es Widerstand gegen die heutigen Kriege, auf vielen Ebenen und europaweit, wie die Artikel dieses FreiRaums aufzeigen. Vor diesem Hintergrund ist auch unsere diesjährige große Aktion am Atomwaffenstützpunkt Büchel von ganz besonderer Bedeutung. Wenn wir es schaffen, genug Druck zur Aufgabe der deutschen nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO zu erreichen, sind wir unserem Ziel von einer friedlichen und gerechteren Welt schon wesentlich näher.
Wolfgang aus der FreiRaum-Redaktion muss im März wieder ins Krankenhaus. Wir wünschen ihm eine baldige Genesung und gratulieren nachträglich zu seinem 50. Geburtstag!

Die Freiraum-Redaktion
Marion Küpker,
Susanne Jallow,
Wolfgang Schlupp-Hauck

Auswertung der LeserInnen-Umfrage

Macht weiter so: Der FreiRaum muss bleiben!

Wir, die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen und Pressehütte Mutlangen bedanken uns herzlich bei allen, die an unserer Umfrage zu Erscheinen des FreiRaums teilgenommen haben. Auch über die vielen ermutigenden Kommentare haben wir uns gefreut. Sie unterstützen uns in unserem Vorhaben, den FreiRaum auch in Zukunft in gleichbleibender inhaltlicher Qualität und gewohntem Rhythmus herauszubringen:

„Der FreiRaum muss bleiben. Ich möchte Mitglied der Pressehütte bzw. aktiv in der GAAA werden."

Über solche Antworten freuen wir uns besonders!

Sparen

Befragt nach Spar-Möglichkeiten haben unsere LeserInnen folgende Maßnahmen favorisiert: Verzicht auf Farbe gefolgt von Streichung der NichtzahlerInnen aus der Versandliste. Dabei sollen Umfang und Erscheinungshäufigkeit beibehalten werden. Begrüßt wurde der Vorschlag eines elektronischen Newsletters, aber zusätzlich zur gedruckten Ausgabe, nicht anstatt. Wir planen, ab der nächsten Ausgabe den FreiRaum auch per elektonischer Post zu verteilen. Die Möglichkeit, sich den Newsletter zu bestellen, wird rechtzeitig auf unserer Webseite www.pressehuette.de bereitgestellt werden. Die FreiRäume sind zudem grundsätzlich auf unserer Webseite www.gaaa.org anzusehen und runterzuladen.

Ihr habt es sicher gleich bemerkt: Schon in dieser Ausgabe haben wir uns für Schwarz-Weiß-Druck, entschieden. Denn wir finden: besser auf Farbe verzichten als auf Inhalt.

Das letzte Mal an NichtzahlerInnen

Mal geht der FreiRaum noch wie gewohnt an alle, auch an die, die nicht oder nicht regelmäßig zahlen. Ab der nächsten Ausgabe werden wir unsere Auflage verringern und können nur noch an unsere Mitglieder, Spender und zahlende Abonnenten verschicken. Wir fühlen uns hierbei durch Aussagen wie diese bestärkt:

„Ich freue mich, dass es Ihre Zeitung gibt. Ein jährliche Abopreis von 12,00 € ist nicht viel. Wenn Sie erhöhen würden, ich würde auch mehr zahlen."

Wir bitten um Verständnis, dass wir es nicht leisten können - wie teilweise angeregt wurde -, an nichtzahlende Abonnenten Rechnungen zu verschicken. Der hierbei von uns zu leistende Aufwand stünde in keinem Verhältnis zum Ertrag. Wir setzen lieber auf die Eigeninitiative unserer Leser, zu spenden oder den Abopreis zu bezahlen.

Bild: Gerhard Schneider

Herzlichen Dank an alle SpenderInnen

Es ist sehr erfreulich: Unser finanzielles Dilemma hat Viele in die Spendentasche greifen lassen. Bisher sind bei uns Spenden in Höhe von 2375 Euro eingegangen. Danke schön! Zugesagte und bisher nicht angewiesene Spenden werden jederzeit und gerne noch in Empfang genommen.

Bild: wsh

Eine ganz besondere Idee: Beim letztjährigen Ostermarsch in Ellwangen malte Sigi Köder eine Friedenstaube als Kunstaktion bei der Abschlusskundgebung. Das Bild wurde für über 4.000 Euro versteigert. Die Friedenswerkstatt bekam die Hälfte des Erlöses. Davon profitiert auf Wunsch des Ellwanger Friedensbündnisses auch der FreiRaum. Ein herzliches Dankeschön!

sj ●

Neue Unterstützung für die FreiRaum-Redaktion

Susanne Jallow, 45, lebt in Stuttgart. Die ehemalige Buchhändlerin ist Mutter zweier Kinder und seit drei Jahren nebenher für die DFG-VK tätig. Über Roland Blach bekam sie Kontakt zur Pressehütte und half mit bei den Vorbereitungen der Veranstaltungen zur Veranstaltung „20 Jahre INF-Vertrag". Jetzt ist sie in die FreiRaum-Arbeit eingestiegen.
Herzlich willkommen im Redaktionsteam.

6,35

20 Jahre INF-Vertrag

Mit der Einweihung eines Geschichtspfades zu den Bunkern des ehemaligen Atomwaffengeländes, einem Vortrag von Andreas Zumach, einer Dialogwerkstatt „unsere zukunft atomwaffenfrei“ und der Unterzeichnung des Mutlanger Manifests riefen die Pressehütte und die Mayors for Peace im Ostalbkreis gemeinsam den 20. Jahrestag der Unterzeichnung des INF-Vertrags in Erinnerung.

Andreas Zumach unterstrich, dass der INF-Vertrag etwas Großartiges und Außerordentliches ist und betonte, dass die Friedensbewegung an seinem Zustandekommen einen großen Anteil hatte.

Er warnte, dass derzeit die Gefahr eines Atomkrieges wieder größer werde.

Andreas Zumach

Landrat Pavel

„Das Wissen um Abrüstung und Frieden muss jedoch den Menschen immer wieder nahe gebracht werden, denn Krieg ist verabscheuenswürdig“, stellte Landrat Pavel in seinem Grußwort fest. Nach dem Vortrag von Andreas Zumach kündigte er an, dass „eine Ausstellung mit Schautafeln des Mutlanger Geschichtspfades durch den Ostalbkreis wandern soll.“

„Es ist wichtig, dass es eine Bewegung von unten gibt“ bekräftigte der Bundestagsabgeordnete Christian Lange im Rahmen der Dialogwerkstatt „Unsere Zukunft – atomwaffenfrei“. Er gab bekannt, dass er dem Parlamentarischen Netzwerk für nukleare Abrüstung beigetreten ist.

Christian Lange

Pol d´Huyetter, europäischer Koordinator der Mayors for Peace, aus Gent, Belgien, demonstrierte mit Metallkügelchen die in einen Blecheimer fielen, das die in Büchel gelagerten 20 Atomwaffen, das 200-fache Zerstörungspotential der Hiroshimabombe haben.

Pol d´Huyvetter

Bürgermeister Seyfried weihte den Geschichtspfad durch das neue Wohngebiet auf dem ehemaligen Stationierungsgelände der Pershing II ein. Die militärische Nutzung der Mutlanger Heide vom römischen Limes, über Exerzier- und Behelfsflugplatz zum Atomraketendepot.

wsh ●

Bürgermeister Seyfried weihte den Geschichtspfad ein.
Fotos: Regina Hagen (1,2,5) und Christa Schmaus (3,4)

NATO: Nukleare Abrüstung oder nukleare Präventivschläge?

Henry Kissinger rief Anfang des Jahres zusammen mit George Shultz, William Perry und Sam Nunn im Wall Street Journal erneut dazu auf, eine von Atomwaffen befreite Welt zu schaffen. Zwanzig bis dreißig Atomwaffenstaaten weltweit, das wollen sich die ehemaligen US-Politiker nicht vorstellen. Sie schlagen konkrete Abrüstungsschritte vor:
www.wagingpeace.org/articles/2008/01/15_kissinger_nuclear_free.php
Das Gegenteil fordern fünf ehemalige Stabschefs der Nato in einer 150-seitigen Studie „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World“. General Klaus Naumann, US-General John Shalikashvili, der britische Feldmarschall Lord Peter Inge, der französische Admiral Jacques Lanxade und der niederländische General Henk van den Breemen halten den präventiven Atomwaffeneinsatz für möglich, ja nötig in einer Welt der asymmetrischen Bedrohungen.
www.csis.org/media/csis/events/080110_grand_strategy.pdf

Gespräch mit Egon Bahr

In der evangelischen Akademie Bad Boll sprach Egon Bahr mit der FreiRaum-Redaktion über den INF-Vertrag und die aktuelle Situation. Er meinte:
Der Umschwung auf der internationalen Ebene war Gorbatschow zu verdanken, dessen Angebote von den Amerikanern nicht mehr zurückgewiesen werden konnten. Honecker entwickelte den Mut, auf das nukleare Teufelszeug zu verzichten. Kohl tat es nur widerstrebend unter öffentlichem Druck. Die Blockaden von Mutlangen haben diesen Druck auf die Politik ausgeübt, ohne ihn wären die Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen nicht zustande gekommen. Leider haben die USA ihre Absicht, Europa zu dominieren und Russland einzuschüchtern, nicht aufgegeben. Die Konsequenz daraus ist, dass nun US-amerikanische Raketen in Polen stationiert werden sollen. Im Jahr 2008 wird es in den USA und Russland neue Präsidenten geben. Ob in dieser Umbruchsituation eine Chance für weitere Abrüstung besteht, wissen wir nicht. Wir haben auf die Wahlentscheidungen keinen direkten Einfluss. Deutschland sollte aber versuchen, Rüstungskontrolle und Abrüstung wieder zu beleben. **wsh ●**

Leserbrief
zum angeblichen Abzug der Atombomben aus Ramstein

Natürlich würden wir uns sehr freuen, wenn die 130 Atombomben aus ihren Grüften auf der US-Air-Base Ramstein in die USA zurück geschafft worden wären. Hans M. Kristensen, den wir nicht verdächtigen, eine Ente in die Welt gesetzt zu haben, spricht aber nur von einem möglichen Abzug. Seine einzige Quelle ist eine Liste, die auch noch von der USAFE in Ramstein erstellt wurde. Weil Papier geduldig ist, und die Herren US-Generäle durch einfaches Weglassen eines Namens auch nur versucht haben könnten, sich eine äußerst unwillkommene Diskussion vom Hals zu schaffen, ist große Skepsis angesagt.

Wir fordern die Bundesregierung in Berlin und die Landesregierung in Mainz auf, durch Augenschein unter Beiziehung neutraler sachverständiger Beobachter den Wahrheitsgehalt dieser Meldung zu überprüfen und gegebenenfalls zu bestätigen. Sollten die Atombomben tatsächlich aus Ramstein verschwunden sein, muss durch Zerstörung aller Lagereinrichtungen und ständige Kontrollen ein heimlicher Rücktransport unmöglich gemacht werden. Der Abzug der noch auf dem Bundeswehr-Flugplatz Büchel gelagerten 20 Atombomben muss zeitnah folgen. Noch ist die Zeit für Jubelgesänge und Freudenfeste nicht gekommen. Erst müssen unwiderlegbare Beweise auf den Tisch. Damit könnten unsere Politiker endlich wieder einmal positive Schlagzeilen schreiben.

www.luftpost-kl.de
Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/ Ramstein,

Wolfgang Jung ●

Von Vicenza nach Europa

Bereits seit einigen Jahren gibt es Bemühungen, in Vicenza eine weitere Militärbasis zu errichten. Nach Plänen der US-Army werden in den nächsten Jahren zwei weitere Brigaden des 173rd Airbourne Combat Team, das derzeit bereits in Vicenza im Camp Ederle, aber auch noch in Schweinfurt und in Bamberg stationiert ist, nach Vicenza verlegt. Zu diesem Zweck soll eine weitere Militäreinrichtung in Vicenza am Flughafen Dal Molin errichtet werden. Von Vicenza aus startet das 173rd Airbourne Combat Team schon jetzt zu Kriegseinsätzen in Afghanistan und im Irak

61 % der Bürgerinnen und Bürger sind gegen den Bau eines weiteren Militärstützpunkts in Vicenza und 85 % fordern einen Volksentscheid. Sie befürchten Luft- und Bodenlärm sowie Umweltschäden, denn unweit des Flughafens Dal Molin befindet sich ein natürliches Wasserreservoir, das durch die Emissionen der Militärbasis kontaminiert werden könnte. Zudem werden 41 % der Kosten durch den italienschen Staat getragen, auf die Kommune Vicenza werden zusätzliche Kosten für öffentliche Dienstleistungen zukommen.

Nachdem das Projekt im Mai 2006 in der Kommune vorgestellt wurde, bildete sich eine Bürgerinitiative gegen den Bau des Militärstützpunkts. Schon im Januar hatte eine Beobachtungsgruppe begonnen, Informationen über US-Stützpunkte zu sammeln. Die Bürgerinitiative organisierte Protestmärsche, Sit-ins und Informationsveranstaltungen. Inzwischen drängten die USA auf eine positive Entscheidung, diese erhielten sie von der Regierung Prodi Mitte Januar 2007. Als diese Entscheidung in Vicenza bekannt wurde, besetzten Bürgerinnen und Bürger aus Protest für 3 Stunden die Gleise im Bahnhof. Sie richteten außerdem nahe dem Flughafen einen Mobilisierungsstützpunkt ein, in dem von nun an das Presidio Permanent arbeitete, außerdem riefen sie für den 17. Februar zu einer landesweiten Demonstration auf. 2007 nahmen mehr als 100.000 Menschen teil, die Demonstration wurde außerdem durch viele lokale Proteste in ganz Italien unterstützt. So entstand ein nationales Bündnis. In den folgenden Monaten gingen die Proteste weiter. Am 18. April 2007 besetzte eine Gruppe für mehrere Stunden die Basilika Palladiano im Zentrum der Stadt.

Während der Aktionswoche im September rief das Presidio Permante zu einer Europäischen Mobilisierung und einer Demonstration am 15. Dezember 2007 auf. An dieser Demonstration beteiligten sich wiederum 70.000 Menschen aus ganz Italien, aus Europa und den USA.

Was am Anfang ein Kampf gegen den Militärstützpunkt Dal Molin war, ist inzwischen zu einer größeren Herausforderung geworden. Es handelt sich jetzt um einen Kampf gegen Krieg und gegen die Militarisierung der Stadt Vicenza und um einen Kampf für den Schutz der Umwelt, des Friedens und der Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Hannelore Tölke
vom Deutschen Friedensrat und dem Netzwerk gegen Militärstandorte und deren Auswirkungen, NEMA ●

Bluff in Prag und Warschau

Zu Beginn des Jahres schien es kurz, als hätten sich die Ministerpräsidenten Polens und Tschechiens für 2008 vorgenommen, auf ihre Bevölkerungen zu hören und den Bau des US-Raketenschirms zumindest nicht aktiv voranzutreiben. Die Illusion platzte spätestens beim Besuch des polnischen Außenministers Sikorski in den USA Ende Januar. Nun ist die Friedensbewegung gefragt, um neuen Druck zu erzeugen.

Als der tschechische Ministerpräsident Topolanek und sein neuer polnischer Amtskollege Tusk am 3. Januar 2008 nach ihrem Treffen vor die Presse traten, rieben sich viele Beobachter die Augen: Topolanek, der Scharfmacher des Raketenprojekts, übte sich in Vorsicht, und Tusk meinte: „Der Raketenschild ist in erster Linie kein polnisches oder tschechisches Projekt, sondern ein amerikanisches", und ließ sogar offen, ob er das Projekt an sich noch unterstützt. Nanu? Hatte man in den Prager und Warschauer Staatskanzleien endlich das Explosionspotential erkannt, das aus dem US-Plan für die Beziehungen zu Russland erwächst? Immerhin hat Moskau bereits den KSE-Vertrag über die Einhaltung der Obergrenzen für konventionelle Streitkräfte in Mitteleuropa aufgekündigt, und der russische Generalstab hatte klargestellt, dass eventuelle Stationierungsorte im Krisenfalle „natürlich" zum Zielobjekt russischer Raketen werden können, weil man dem von den USA beschworenen Defensivcharakter der Systeme nicht glaubt. Oder hatte man in Prag endlich zur Kenntnis genommen, worauf eine Initiative tschechischer Bürgermeister (Mayors for Peace) hinweist: dass nämlich der zu installierende Radar nicht mal Tschechien selbst vor Atomraketen schützen kann, sondern nur die USA und Teile Westeuropas? Oder aber war den Regierungschefs schließlich ...klargeworden, dass die 70 und 62 Prozent der tschechischen und polnischen Bevölkerung, die den Raketenschirm ablehnen, langfristig das Potenzial haben, die eigene Wiederwahl zu gefährden? – Seit Ende Januar sind wir klüger. Topolanek lehnt nach wie vor ein Referendum zur Stationierung ab, verlautbarte man in Prag in alter Selbstgewissheit, und auch die Zweifel der polnischen Regierung waren auf einmal ‚im Grundsatz' beseitigt, wie nach dem Treffen von US-Außenministerin Rice mit ihrem polnischen Amtskollegen Sikorski verkündet wurde. Man hatte nämlich ein nettes Zubrot herausgehandelt – die USA erklären sich nun bereit, auch die Kosten für die Modernisierung des polnischen Luftabwehrsystems gleich mit zu übernehmen. Alles Bluff-Manöver also, aber sie zeigen, dass man sich in Prag und Warschau längst nicht so sicher ist wie man sich gibt. Dass die Regierungen den Druck der öffentlichen Meinung tatsächlich nicht mehr ignorieren können, zeigt z.B. in Tschechien der Versuch, die lokale Opposition am Radar-Stationierungsort Trokavec aufzukaufen – mit einem „Strukturhilfe"-Paket. Gegen die Friedensbewegung läuft mittlerweile auch eine Denunziationskampagne an: Der tschechische Inlandsgeheimdienst BIS behauptete im Januar, dass „Moskau" die Basengegner finanziell unterstütze. Und schließlich will die Prager Regierung beim NATO-Gipfel am 2. bis 4. April 2008 in Bukarest erreichen, dass der Raketenschild offiziell ein NATO-Projekt wird, damit man nun zu Hause die Hände heben kann: Seht ihr, die anderen wollen es ja auch. (Es ist noch keine 4 Wochen her, dass sich Topolanek eine Meinung anderer Europäer zum Thema verbat: Das sei allein Sache Tschechiens und der USA!). Für die Friedensinitiativen gilt es jetzt, das zu verhindern, und die Dynamik des letzten Jahres aufrecht zu erhalten. Die tschechische Bewegung „Ne zakladnam" (Nein zu den Basen) setzt nach einer international beachteten Friedenskonferenz in der Stationierungsregion Brdy und nach der großen Protestdemo am 17. November 2007 in Prag vor allem auf punktuelle öffentlichkeitswirksame Happenings. So luden am 16. Januar einige Aktivisten Umzugskisten vor dem Regierungssitz ab, um die Regierung zum Auszug aufzufordern. Wer sich bei einer solch gefährlichen Frage gegen die Mehrheit der Bevölkerung stellt, sollte zurücktreten, lautete die Botschaft. Offensiver geht das polnische Friedensbündnis „Kampagne gegen Militarismus" die Sache an: Für den 29. März 2008 mobilisiert es europaweit für eine Reihe von Aktionen, und eine Demonstration in Slupsk und Redzikowo – den geplanten Stationierungsorten für die Abfangraketen. „Diese Stationierung würde ein Signal geben für einen neuen gefährlichen Rüstungswettlauf auf beiden Seiten der polnischen Ostgrenze" warnt der Aufruf. Und schließlich wollen Aktivisten aus beiden Ländern auch in Bukarest beim NATO-Gipfel protestieren und laden auch die Friedensbewegten aus anderen Ländern dazu ein.**Thomas Kachel** ●

Lavka.info (Network for left policy in Central and Eastern Europe)

Demo am 17.11.2007 durch die Prager Innenstadt mit der Hauptforderung der Initiative Ne zakladnam: Referendum über die Stationierung der Radarbasis für den US-Raketenschild

Schottland gegen Atomwaffen

Alex Salmon, „First Minister" der schottischen Regionalregierung in Edinburgh, forderte bei einer Konferenz, die die schottische Regionalregierung zu Trident ausrichtete, dass Großbritannien seine Entscheidung, die Trident-Atom-U-Boote und Atomraketen zu erneuern, rückgängig machen solle. Er will den Abzug des Systems aus Schottland. Er argumentiert, Atomwaffen seien völkerrechtswidrig. Er fordert für Schottland Beobachterstatus bei den künftigen Konferenzen zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag. **Regina Hagen** ●

Buchtipp:

Ihre Kamera ist unbestechlich. Die Bilder, die sie gemacht hat, dokumentieren Geschichte, sind Geschichte geworden. Oft war sie in Mutlangen und anderen Protestorten. Ihre Fotos sind eindringliche Dokumente. Jetzt hat die Bildjournalistin Erika Sulzer-Kleinemeier Aufnahmen aus 40 Jahren ihres Schaffens zusammengestellt. Momentaufnahmen von Politikern und Protestierenden zeigen den Wandel Deutschlands. Es sind Aufnahmen, die von Dauer sein werden.

Im Buchhandel und der Pressehütte erhältlich.

Erika Sulzer-Kleinemeier
„Fotografien 1967-2007"
204 Seiten, € 28,00
Verlag Stroemfeld, Oktober 2007

wsh ●

Postkarten an US-Soldaten

Drei US-Soldaten sitzen in Mannheim im US-Militärgefängnis, weil sie den Kriegseinsatz in Afghanistan verweigert haben. „Unsere Solidarität gibt Mut zum Durchhalten", betont der Irakkriegsveteran Augustin Aguayo, der im Dezember den Stuttgarter Friedenspreis erhalten hat. Viele haben an Augustin geschrieben, „Sorry, my English is not so good", und er liebt diese Briefe.

Andrew Hegerty, 19 Jahre alt, wird wegen Fahnenflucht voraussichtlich bis August 2008 in Mannheim sitzen und unehrenhaft entlassen. Andrew war in Vicenza, Italien, stationiert und von Mai 2007 bis September 2007 im Kriegseinsatz in Afghanistan. Beim Militärgerichtsprozess erklärte Andrew: „Ich bin wirklich nicht fähig, einfach auf den Abzug zu drücken und jemanden zu erschießen". Andrews Postanschrift in Mannheim: US-Postsystem, Unit 29723, Box LL, APO, AE 09028-9723, USA (bitte bei allen Gefangenen Porto wie in die USA, da US Postsystem, verwenden: Postkarte 1 Euro, Brief bis 20 g 1,70 Euro).

Geffrey Gauntt war nie im Kriegseinsatz. Er war in Vicenza stationiert und hat seine Einheit im Mai 2007, d.h. am Tag vor der Verlegung nach Afghanistan, verlassen und sich den US-Militärbehörden in Rota, Spanien, gestellt. Seine zehnmonatige Haft endet in einer unehrenhaften Entlassung im April 2008 aus dem US-Gefängnis in Mannheim mit Verlust aller Zahlungen. Geffreys Postanschrift: US-Postsystem, Unit 29723, Box LL, APO, AE 09028-9723, USA.

James Blanks wird wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe, Verpassen der Verlegung in ein Kampfgebiet und Befehlsverweigerung bis etwa Februar 2008 in Mannheim sitzen (Post wird nachgeschickt). Er wird auch unehrenhaft entlassen werden. James Postanschrift: US-Postsystem, Unit 29723,Box LL, APO, AE 09028-9723, USA

Weitere Infos: American Voices Abroad (AVA) Military Project bei Elsa Rassbach, Tel. 030-326 015 40, elsarassbach@gmail.com **mk** ●

NATO – Game over

Gegen die militärische Globalisierung

Am 22. März 2008, fünf Jahre nach Beginn des Irak-Krieges, werden AktivistInnen aus ganz Europa gewaltfrei in das NATO-Hauptquartier in Brüssel eindringen und es schließen, um weitere Kriegsverbrechen und militärische Besetzungen zu verhindern. An den darauf folgenden zwei Tagen organisieren Bombspotting und War Resisters' International gemeinsam eine Konferenz zu der Frage, wie der andauernden militärischen Globalisierung mit gewaltfreiem Widerstand begegnet werden kann.

NATO und militärische Globalisierung

Europa befindet sich im Krieg. Die Bomben fallen zwar nicht in Europa, sondern Tausende von Kilometern entfernt in Irak und Afghanistan. Trotzdem: Der Krieg wird von Europa aus geführt. Das wurde zu Beginn des Irak-Krieges vor fünf Jahren sehr deutlich, als die USA gemeinsam mit den britischen Streitkräften Krieg von ihren europäischen Militärbasen aus führten. Im Jahr 2003 waren 54 000 der in Europa stationierten US-SoldatInnen im Irak im Einsatz oder unterstützten den Irak-Krieg direkt. SoldatInnen der US-Armee wurden von Deutschland und Italien aus in den Irak versetzt, während US-Bomber von Militärbasen in Großbritannien oder von Flugzeugträgern der 6. US-Flotte im Mittelmeer zu ihren Flügen in den Irak starteten. Das setzt sich weiter fort. Im Jahr 2006 waren 2/3 des Personals der US-Armee in Europa entweder im Irak oder in Afghanistan im Einsatz, bereiteten sich auf einen Einsatz vor oder waren gerade von einem Einsatz zurückgekehrt. Der Irak-Krieg war und ist ohne eine europäische Beteiligung nicht möglich. Wegen des Vorwurfs der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen wurde der Irak überfallen, und dem Iran wird mit Krieg gedroht. Unterdessen sind in Europa 350 US-Atomwaffen gelagert – in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden, der Türkei und in Großbritannien. Nach internationalem humanitärem Recht sind diese Waffen illegal -

Inspektion 1998 der belgischen Militärbasis Kleine Brogel mit US Atomwaffen, 2001 wurden 800 Menschen verhaftet und 2002 über 1000

hier wie anderswo. All das ist das Resultat der Mitgliedschaft in der NATO. Diese Mitgliedschaft bedeutet Unterstützung für und Beteiligung an Militärinterventionen überall in der Welt, durch die Bereitstellung eigener Streitkräfte, oder „indirekt" über die Bereitstellung von Militärbasen und logistische Unterstützung. Die NATO ist eine der wichtigsten Institutionen der militärischen Globalisierung, so wie die G8 für die ökonomische Globalisierung sind. Und genauso, wie wir NEIN zu den G8 sagten, sagen wir auch NEIN zur NATO – NATO beende diese Kriege, NATO-Game over!

Vom 2. - 4. April 2008 findet der nächste NATO - Game over! in der rumänischen Hauptstadt Bukarest statt. Auf diesem Treffen wird die NATO beginnen, ein neues strategisches Konzept zu entwickeln. Dabei soll diskutiert werden, ob die NATO, „um die Welt vor der Weiterverbreitung von Atomwaffen zu schützen, zukünftig ihre eigenen einsetzen" soll, d.h. durch einen „nuklearen Erstschlag auch Nichtatomwaffenstaaten" anzugreifen. (Junge Welt 24.01.08). Die USA wollen die NATO gern als globale Militärallianz von gleichgesinnten Staaten sehen. Bis zum Gipfel 2009 anlässlich des 60. Jahrestages der NATO, voraussichtlich in Berlin, soll dieses neue Konzept fertig sein. Weitere wichtige Fragen dabei sind: Wird sich die NATO weiterhin zu einer globalen Militärallianz entwickeln, die auch ohne ein UN-Mandat bereit ist, Kriege zu führen? Wird die NATO das US-Raketenabwehrsystem - mit möglichen neuen US-Basen in Polen und der Tschechischen Republik - legitimieren und in ein eigenes System integrieren? Der Zeitpunkt der „NATO - Game over"-Aktion – zwei Wochen vor dem NATO-Gipfel in Bukarest – ist besonders günstig, um politischen Druck auf diese Entscheidungen ausüben zu können.

Angie Zelter, Aktivistin der britischen Atom-U-Boot Basis in Faslane/Schottland, bei der Nato HQ-Aktion 1999

Die Aktion

Am 22. März werden FriedensaktivistInnen aus ganz Europa in Brüssel für die erste „NATO - Game over"-Aktion zusammenkommen. Gewaltfrei werden wir in das NATO-Hauptquartier eindringen und es schließen. Wir werden nicht mit Gegengewalt antworten, auch wenn wir provoziert werden oder Gewalt gegen uns angewandt wird. Bei dieser Aktion ist kein Platz für irgendwelche Art von Gewalt. Zur Vorbereitung der Aktion wird am 20. und 21. März ein Aktionstraining angeboten, sodass alle AktivistInnen sich in der Lage sehen, an der Aktion gewaltfrei teilzunehmen. Es ist kein Muss, ein strikter Pazifist zu sein, aber alle TeilnehmerInnen der Aktion sollten die Regeln der Aktion respektieren. Ziel der Aktion ist, die NATO zum Beenden ihrer „Kriegsspiele" zu zwingen: NATO – das Spiel ist aus! Selbst wenn wir es nicht schaffen sollten, in das NATO-Hauptquartier

einzudringen, so wird von der Aktion doch eine deutliche Botschaft ausgehen: Viele Menschen in Europa wollen ein Ende der NATO-Kriege. Die Aktion wird von der belgischen Bombspotting-Kampagne organisiert, welche auf der 10jährigen Erfahrung gewaltfreier Aktionen gegen Atomwaffen beruht. Eine Bombspotting-Aktion ist eine Massenaktion des Zivilen Ungehorsam durch unerlaubtes Betreten und Besichtigung von Militärbasen und -hauptquartieren. Seit 2001 drangen dabei wiederholt über eintausend Menschen auf das Militärgelände ein. Solch eine „Inspektion von Kriegsverbrechen" durch Zivilisten hat eine legale Rechtfertigung, nämlich die Absicht Kriege zu stoppen oder Kriegsverbrechen zu verhindern. Atomwaffen können nicht ohne die Verletzung der Menschenrechte genutzt werden, ihr Einsatz geht mit der Vorbereitung von

Indymedia Belgien, 1000 AktivistInnen wurden verhaftet

Kriegsverbrechen einher und ist in sich selbst ein Verbrechen gegen den Frieden. Da unsere Rechtssysteme versagen, diese Verbrechen anzuprangern, haben wir keine andere Möglichkeit, als selbst zu agieren, um sie zu stoppen. Ziviler Ungehorsam wird zu einem gebilligten internationalen Recht. Unerlaubtes Betreten von Militärbasen ist eine Gesetzeswidrigkeit, aber das belgische Recht erkennt den politischen Charakter an. Das bedeutet, die Anklage muss vor einem Geschworenengericht verhandelt werden. Da die belgische Regierung befürchtet, das Geschworenengericht könnte zum Vorteil der Aktivisten entscheiden, ist es bis jetzt zu keinem Prozess und damit auch zu keiner Verurteilung für TeilnehmerInnen gekommen. Es kam lediglich zur Festnahme für einige Stunden. Diese Situation lässt genug Freiraum, um eine starke Aktion gegen die NATO zu schaffen.

Get in SHAPE 2003, Bombspotting XL 2005 fand zeitgleich ins NATO HQ, SHAPE und Kl. Brogel statt. 1000 drangen ein und wurden verhaftet

Die internationale Konferenz

Eine Aktion an einem Tag reicht nicht aus, um wirklich etwas zu bewirken. Um einen Einfluss auf die internationale militärische Interventionspolitik zu haben, bedarf es langfristiger internationaler Kooperation. Daher organisieren Bombspotting und die War Resisters' International eine internationale Konferenz zur militärischen Globalisierung und gewaltfreiem Widerstand am 23./24. März in Brüssel – direkt im Anschluss an die „NATO - Game over"-Aktion.. Mit dieser Konferenz wollen wir lokale Widerstandsgruppen gegen Militärbasen und gewaltfreie Aktionsgruppen aus verschiedenen europäischen Ländern zusammenbringen, um unser vereintes Wissen zu Militärbasen, -bewegungen, und -einsätzen zu nutzen. So soll ein Bewusstsein geschaffen werden für die militärische Interventionsmaschinerie und die Rolle „unsere" lokalen Militärbasen darin. Wir wollen erkunden, wie wir gemeinsam Sand im Getriebe sein könnten, wie koordinierte lokale und internationale Aktionen unsere Effektivität erhöhen können. Mit der NATO-Game over-Aktion und der Konferenz hoffen wir, den internationalen Widerstand gegen die militärische Globalisierung zu stärken. Ein Widerstand, in dem AktivistInnen aus Deutschland nicht fehlen dürfen.

Aktionsinfo: Vom 20.-24. März wird eine Unterkunftsmöglichkeit (Schlafsack mitbringen!) organisiert. Praktische Informationen zur Aktion und zur Konferenz findest Du unter http://www.bombspotting.org, wo Du Dich auch zur Konferenz anmelden kannst.

Kontakt: deutschland@bombspotting.org
H. Lammerant, A. Speck und S. Anger ●

Mahnwache vor der WGO

Seit dem Tschernobyl-Jahrestag 2007, dem 26. April, protestieren täglich 10 Stunden lang und an fünf Tagen in der Woche Menschen vor dem Gebäude der UN-Weltgesundheitsorganisation (WGO) in Genf. Sie halten Schilder hoch, auf denen sie die gesetzlich verankerte Abhängigkeit bezüglich Untersuchungen über radioaktive Risiken anklagen, die zwischen der angesehenen WGO und der internationalen Atomaufsichtsbehörde (IAEA) besteht. Studienergebnisse, z.B. über die Folgen des Tschernobyl-Unfalls, dürfen von der WGO nur veröffentlicht werden, wenn die IAEA sie abgesegnet hat. Die IAEA aber wurde von Vertretern der Atomindustrie für die globale Verbreitung der sogenannten zivilen Atomenergie gegründet.

Darüber hinaus ist es diese Organisation, die die entsprechenden Studiendesigns erstellt.

Dies kommt einem Maulkorb gleich und hat verheerende Auswirkungen auf die globale Erkennung der Gesundheitsgefahren durch Radioaktivität, wie es auch jetzt in Deutschland wieder durch die Kinderkrebsstudie in der Umgebung deutscher AKWs sichtbar wird.

Ärzte sind hiermit aufgefordert, einen internationalen Aufruf zur Beendigung dieses Knebelvertrages auf folgender Webseite zu unterzeichnen:

http://independentwho.info/spip.php?article118

mk ●

Bild: Prof. Michel Fernex, IPPNW, Frankreich, Wladimir Tcherkoff, Regisseur, Italien, Dr. Chris Busby, LLRC, England

De Crem muss es wissen!

Selbst im Nachbarland Belgien ist der erst seit Dezember 2007 amtierende neue belgische Verteidigungsminister Pieter De Crem kräftig in den Fettnapf gestiegen: Bei einer Visite am 24. Januar 2008 auf der Luftwaffenbasis Kleine Brogel enthüllte er, dass hier Atomwaffen

gelagert seien: „Das Verteidigungsministerium bestätigt weder die Existenz dieser Waffen oder deren Nichtvorhandensein, aber jeder weiß, dass hier nukleare Kapazitäten sind. " De Crem löste einen Riesenwirbel aus, brüskierte seine Regierung und die Nato. Denn nach geltender Nato-Doktrin darf kein Bündnismitglied enthüllen, wo die Nato-Kernwaffen stationiert sind - auch dann nicht, wenn das in vielen Fällen ein offenes Geheimnis ist. mk ●

Bombodrom - Aktionscamp

Als Beitrag zum Widerstandscamp Sommer 08 wird das Aktionscamp in der Kyritz-Ruppiner Heide vom 18. – 22. Juli stattfinden.

Nach den Diskussionen um die Camp-Kultur auf den Perspektiven-Tagen hat das Aktions-Bündnis „Rosa Heide“ auf seinem letzten Treffen beschlossen, ein kurzes, aber knackiges Camp zu veranstalten. Von hier aus wollen wir inhaltliche Verbindungslinien zu den anderen Camps ziehen. Unsere Aktionen sollen diese Verbindungen auch nach Außen sichtbar machen. Dies versuchen wir schon beim Ostermarsch. Hier werden wir wieder Rosa Pyramiden tragen, die schon beim 1. Aktionstag gegen den G8-Gipfel zu einem Symbol des antimilitaristischen Widerstands geworden sind. In Brüssel wird es Ostern am NATO-Hauptquartier eine Aktion des Zivilen Ungehorsams geben.

Mit der “NATO - GAME OVER“ - Aktion werden Hunderte von Menschen versuchen, in das Militärgelände einzudringen. Um zu zeigen, dass sie eine Verbindung von NATO-Hauptquartier und Bombenabwurfgelände sehen, werden auch dort viele rosa Pyramidenhüte auftauchen. Beim Ostermarsch wollen Anti-Atom-AktivistInnen aus dem Wendland zeigen, dass sie auch gegen militärische Nutzung der Atomkraft kämpfen. Hier im Bombodrom soll mit dem so genannten „Schulterwurf“ auch eine Atombomben-Abwurftechnik geübt werden. Bomber, die das üben sollen, kommen aus dem Atomwaffenstandort Büchel. Dort wird es im August eine starke Aktion des Zivilen Ungehorsams geben, an der auch wir uns beteiligen. Mit dem „Netzwerk gegen Militäreinrichtungen“ (NEMA) haben wir begonnen, unseren lokalen Widerstand zu verknüpfen. Diesen Sommer wollen wir damit beginnen, dies in unseren Aktionen sichtbar zu machen.

Aktionsbündnis „Rosa Heide“ - gegen Bombodrom und Militarismus: www.g8andwar.de
FREIeHEIDe-Clowns: http://ClownsFREIHEIDe.de.tl

Bert Schilden ●

Bild: Ketchup-Aktion beim Flughafenfest am 08.07.2007 auf dem Flughafen Leipzig/Halle, T.Schleip

Etz langt‘s !

Ansbach wird zur Drehscheibe der US-Hubschrauberwaffe ausgebaut

Durch die Konzentrationsstrategie der US-Armee „Armee-Auflösung anderer Standorte, Zusammenlegung“ wird Ansbach die Drehscheibe der US-Hubschrauberwaffe und damit zentraler Verschiebebahnhof für Kriegseinsätze jeglicher Art - ob legal oder illegal.

Die Bevölkerung leidet unter der Präsenz der 112 Hubschrauber mit deren 200 Außenlandepunkten im Naturpark Frankenhöhe bis tief in die Nacht - darunter 50 Apache AH-64 Longbow Angriffs-Hubschrauber, bekannt für ihre abgereicherte Uranmunition mit 650 Schüssen pro Minute! Schlechte Luftqualität durch das hohe Verkehrsaufkommen der US-Fahrzeuge und die militärische Luftverschmutzung (CO2-Ausstoß über 30.000 kg/Jahr durch die Hubschrauber) führen dazu, dass deutsche Umweltstandards nicht eingehalten werden. Dieses schadet dem Wirtschaftssektor Tourismus, während wirtschaftliche Scheinargumente zur Rechtfertigung dieser kriegerischen Aktivität von unseren Politikern genutzt werden. Auch soll bei diesem Ausbau die zwischen den Ketterbacher Kasernenteilen durchführende B14 verlegt werden, ca. 3 km Umgehung, aufwendige Zu- und Abfahrten für rund 10 Mill. Euro deutscher Steuergelder. Vorgesehen ist der Bau sämtlicher Einkaufs- und Freizeiteinrichtungen, woraus eine völlig autarke Stadt entstehen soll, sowie der Bau von insgesamt 530 Wohneinheiten.

Seit 2003 werden die US-Hubschrauber aus Ansbach und Illesheim im Irak-Krieg eingesetzt, der laut neuester Lancet-Studie bereits 1 Million unschuldiger Menschen den Tod brachte. Erst im Mai/Juni 2007 wurden erneut 2500 US-Soldaten

Irakkriegsveteranen gegen den Krieg auf der Ansbacher Aktionswoche „Zeichen gegen den Krieg“ im Mai 2007 beim Protestmarsch gegen die erneute Verlegung von 2.500 „Ansbacher“ US-Soldaten in den Irakkrieg im Juni 2007, Foto: Matthias Metzner

aus Ansbach in diesen Krieg geschickt. Laut Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.06.2005 ist der nationale Angriffskrieg der USA gegen den Irak „mit Fug und Recht“ als völkerrechts- und grundgesetzwidrig zu bezeichnen. Auch die deutschen Politiker brachen und brechen das Völkerrecht, indem sie die Vorbereitung dieses Krieges von deutschem Boden aus nicht unterbanden (UN-Charta, Art. 39). Die US-Basen sind deutsches Bundeseigentum und unterstehen deutschem Recht. Die Stationierungsverträge mit der US-Armee können jederzeit gekündigt werden. Bei Verstoß gegen deutsches Recht müssen sie gekündigt werden. Wir sehen der Stationierung der US-Armee in Deutschland die Grundlage längs entzogen.

Wir wollen nicht Flugzeugträger des Pentagons sein - wir müssen dem Angriffskrieg alle Unterstützung verweigern. Informationen, wie Ihr den Widerstand unterstützen könnt, findet Ihr unter: www.urlas.de der Bürgerinitiative Etz Langt‘s!

Boris-André Meyer, stellvertr. Vorsitzender der Bürgerinitiative „Etz langt´s!“ e.V. und Pressesprecher des Ansbacher Friedensbündnisses ●

Aktionsgemeinschaft „Flughafen - natofrei!“

Leipzig/Halle ist ein neues Zentrum der Kriegsführung, ohne dass die Bevölkerung vor Ort es wahrnimmt. Leipzig wurde ein großer Transport-Umschlagsplatz für die Bundeswehr, die NATO und die USA.

800.000 GIs wurden bereits über Leipzig in die Kriegsgebiete bzw. zurück nach Hause geflogen. Dieses Ausmaß kam zustande, nachdem die südirische Bevölkerung gegen den US-Militärstützpunkt Shannon so stark protestierte - das Rollfeld wurde blockiert und es gab Pflugscharaktionen - dass die militärischen Aktivitäten dort drastisch hinunter gefahren und verlegt werden mussten. Dabei ist ein fremder Militärstützpunkt auf dem Gebiet der früheren DDR durch den „2+4 Vertrag“, der 1990 von den USA, Frankreich, Großbritannien, Russland und den beiden deutschen Staaten abgeschlossen wurde, verboten. Trotzdem benutzen die NATO und die USA Leipzig. Aktivisten aus Leipzig gründeten die Initiative Aktionsgemeinschaft „Flughafen - natofrei!“.

Unsere Ziele:

Durch Informations- und Aufklärungsarbeit machen wir die Öffentlichkeit auf die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle aufmerksam. Wir verfolgen die Idee einer friedlichen Welt und eines friedlichen Miteinanders ohne Waffen und Militär und rücken zivilgesellschaftliche Alternativen zum gegenwärtigen Trend der Militärisierung in den Blick der Öffentlichkeit. Grundsätze unserer Arbeit sind Basisdemokratie und Gewaltfreiheit. Unsere Kritik bezieht sich auch auf die Lebensqualitätsminderung im Flughafenumfeld durch hohe Lärm- und Umweltbelastung. Wir wollen Menschen anregen, über die fortschreitende Militärisierung nachzudenken und sich an unseren Aktionen zu beteiligen. Unsere Mittel sind neben Informations- und Aufklärungsarbeit öffentliche Protestaktionen, gewaltfreier Widerstand, ziviler Ungehorsam, Initiierung und Unterstützung von Kampagnen. Wir verleihen unseren Zielen auf parlamentarischer und juristischer Ebene Nachdruck. Wir sind erreichbar unter infoverteiler@flughafen-natofrei.de, www.flughafen-natofrei.de.

Lutz Metzger, zusammengefasst mk ●

News on BANg!

Vom 3.-6.2.08 machten wir, das Organisationsteam, uns auf nach Genf, um den ersten Schritt zu gehen, für die Reise der Jugenddelegation „Step to a nuclear free world" im April/Mai dieses Jahres zur NPT Konferenz.

Auf unserem Weg fanden wir „Bunker", die die Genfer Bevölkerung auch im Falle eines Atomkrieges schützen sollen. Damit es aber nie so weit kommt, werden wir während unserer Reise dort Quartier beziehen.

Auch sind unsere Pläne zur „Model Convetion" fortgeschritten. Rund 50 Schüler und Studenten werden eine Diskussion über die Machbarkeit eines Umfassenden Verbots von Nuklearwaffen simulieren. Hierfür bereiten sich die jugendlichen Delegierten in Workshops vor. Während unserer Vorbereitungsreise hatten wir Treffen mit der amerikanischen, russischen, iranischen und deutschen Botschaft. Alle Botschafter versprachen uns für ein Treffen mit ihren „Vertretern" in der Model Convention bereit zu sein.

Wir freuen uns sehr darüber, dass TU Darmstadt hat die Model Convention in ihr Seminarprogramm aufgenommen und wird das Rollenspiel vorbereiten.

Ebenfalls weiterentwickelt hat sich unser Programm:

Es sind noch wenige Plätze frei!
Interesse?!
Besuch doch unsere Internetseite um mehr Infos zur Jugenddelegation zu erhalten: geneva.bang-europe.org

Euer Orgateam
Hannah & Barabara & Silvia & Nina ●

Freitag, 25. April *Ankunft*	Samstag, 26. April *Workshoptag*	Sonntag, 27. April *Workshoptag*	Montag, 28. April *Konferenztag*	Dienstag, 29. April *Konferenztag*
Infotische zu versch. Themen: Learning Space Dynamics 19.30 Uhr "World Cafe" Diskussionen in Kleingruppen	10.00 Uhr Vorbereitung der Jugendrede 14.30 Uhr Workshop mit Andreas Zumach "In compliance or not?" Aktionsvorbereitungen	10.00 Uhr Workshop Teil 1: Die Nuklearwaffen Konvention 13.30 Uhr Workshop Teil 2: Vorbereitung der Model Convention 16.00 Uhr NGO Welcome	Mahnwache Akkreditierung zur Konferenz *NGO Workshops*	Mahnwache *NGO Workshops* 15.00 Uhr NGO Präsentationen und Jugendrede
Mittwoch, 30. April *Konferenztag*	**Donnerstag, 1. Mai** *Workshoptag/Feiertag*	**Freitag, 2. Mai** *Konferenztag*	**Samstag, 3. Mai** *Model Convention*	**Sonntag, 4. Mai** *Abfahrt*
Mahnwache *NGO Workshops*	Target Gen! mit IPPNW Studenten Vorbereitungen zur Model Convention Workshop mit Katja Göbel zum Thema Atomtests	Mahnwache *NGO Workshops* Workshop: Überblick über die Vorgänge in der Konferenz	Model Convention	Evaluation

Die Weltkarte auf dem DIN A 2 Poster kann für ein Einstiegsquiz der Atomwaffenstaaten und atomwaffenfreien Zonen verwendet werden. Die Themeneinstiege auf der Rückseite des Posters enden jeweils mit einer Frage, die auf dem jeweiligen Themenbeiblatt beantwortet wird. Zusätzliche Quellentexte, Aufgaben und Links runden das Material ab.

Bildungsposter für Schulen und Workshops
jetzt bestellbar!

Seit Ende des „Kalten Krieges" kommt das Thema Atomwaffen kaum noch in schulischen Lehrplänen und Lehrmaterialien vor. Es gibt bislang keine Unterrichtsmaterialien in deutscher Sprache, die das Thema aktuell und mit Bezug zu Mitteleuropa aufbereiten.
Um Basiswissen in die Breite der jugendlichen Bevölkerung zu bringen, gibt es seit 2007 in Zusammenarbeit mit dem europäischen Jugendnetzwerk BANg das Projekt „Atomwaffenpolitik: lernen - erfahren - mitgestalten". Grundgedanke ist: Ohne Wissen kein Bewusstsein, ohne Bewusstsein keine Aktion.

Bildungskampagne

Der Projektkreis, bestehend u.a. aus IPPNW Deutschland, INESAP, Friedenswerkstatt Mutlangen, der Stadt Hannover und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern, erarbeitet Materialien für Schule und Freie Jugendarbeit. Die Materialien sollen leicht zugänglich und anwendbar sein. Jugendliche und wissenschaftliche ExpertInnen wirken an ihrer Entwicklung mit.
Auf der Internetseite www.atomwaffenlernen.info ist nun als erstes Produkt das Poster „Atomwaffen in Europa" bestellbar. Mit seinen Vertiefungsblättern zu „Technik - Naturwissenschaft", „Geschichte - Politik", „Kultur - Psychologie" und „Was habe ich damit zu tun?", sowie einem Begleitblatt für LehrerInnen ist es interdisziplinär einsetzbar. Einzelexemplare sind für 5 Euro, größere Mengen mit starken Mengenrabatten erhältlich. **jk** ●

ZUGABe-Netzwerk steht!
Das ZUGABe-Netzwerk (Ziviler Ungehorsam Gewaltfreie Aktion Bewegung) legte Mitte Februar mit ca. 40 Menschen die Schwerpunkte für 2008 fest. Auch die Büchel-Aktion „bye-bye nuclear bombs" wird von den Arbeitsbereichen des Netzwerkes wie Presse, Rechtshilfe, Logistik, Ideenwerkstatt etc. unterstützt. Es gibt derzeit vier parallel arbeitende Kampagnen Zivilen Ungehorsams: gegen Castor-Transporte, Gentechnik, Atomwaffen und das Bombodrom. Zu besonderen Anlässen - wie dem Irak-Krieg und dem G8-Gipfel in Heiligendamm - entstanden mit resist und Block G8 große Aktionen Zivilen Ungehorsams (ausführliche Informationen zum ZUGABe Netzwerk im Innenteil dieses FreiRaums!).
Übrigens: Auch die Clowns-Armee mobilisiert für Büchel!

Perspektiven-Tage
„Wie weiter nach Heiligendamm?"
Viele hatten während des G8-Gipfels positive Erfahrungen mit den thematischen Aktionstagen, den Camps und den Blockaden gemacht. Nach den G8-Protesten war die Rede vom Umgang mit dem „Erbe der G8-Proteste". Mitte Januar trafen sich insgesamt 600 Menschen in Berlin, um Möglichkeiten der Anknüpfung für das Jahr 2008 zu finden. Spektrenübergreifend wurden u. a. Erfahrungen mit Aktionen des Zivilen Ungehorsams ausgetauscht. Die Gesprächskultur während der Perspektiven-Tage - mit allen Moderationstechniken - überraschte sehr angenehm. Es ist klar, dass der G8-Gipfel ein singuläres, zeitlich begrenztes Großereignis bleibt. Trotzdem wollen wir diese neue Entwicklung für die Zukunft fruchtbar machen. Ein Ergebnis heißt:
„Aktionscamps bündeln".
Vier Aktionscamps sind diesen Sommer geplant: Bombodrom-Besetzung, Anti-Atomwaffen-Camp in Büchel, Klima-Camp und Antira(ssismus)-Camp. Wichtig ist hierbei, dass der vorher vereinbarte Aktionskonsens eingehalten wird und es eine Sensibilität gegenüber den Gruppen vor Ort gibt.
www.perspektiventage.de **mk ●**

„Vor der eigenen Türe kehren"

Mit großem Schwung und viel persönlichem Einsatz wurde die Kampagne „unsere zukunft - atomwaffenfrei" an den närrischen Tagen in Mainz weiter entwickelt. Im Mittelpunkt stand dabei insbesondere die weitere Vorbereitung der Aktionen Ende August in Büchel – dem Aktionsschwerpunkt der Kampagne und des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen" 2008.

Für den 23. August bis 1. September 2008 wird ein großes Aktionscamp am einzigen Atomwaffenlager Deutschlands, Büchel/Eifel organisiert. Unter dem Motto „Vor der eigenen Tür kehren" soll dabei die 7. Umrundung des Atomwaffenlagers am 30. August stattfinden, zu der bundesweit von vielen Friedensorganisationen mobilisiert werden soll. Besen sollen dabei im Mittelpunkt von vielen kreativen Aktionen stehen. Hunderte von Aktivisten sollen den Besen schwingen und die dort gelagerten Atomwaffen spielerisch in die Tonne kehren. Parallel dazu sollen die Radsportler um die Pacemakers einen Rundkurs von 29 km um das Atomwaffenlager sieben Mal befahren.

Im Vorfeld der großen siebten Umrundung sollen bereits täglich Umrundungen und Friedensfrühstücke einzelner Gruppen am Haupttor stattfinden: Richter, Ärzte, Bürgermeister und andere. Im Anschluss an die siebte Umrundung sind gewaltfreie Aktionen Zivilen Ungehorsams geplant, die im Aktionscamp durch Trainings vorbereitet werden sollen.

Diese Aktionen um die siebte Umrundung sind somit der Höhepunkt der seit 2002 vom Initiativkreis in Zusammenarbeit mit der GAAA unter dem Motto "Jericho in der Eifel" stattgefundenen Umrundungen des Atomwaffenlagers in Büchel (18 km), um gegen die nukleare Teilhabe zu protestieren und die verantwortlichen Politiker dazu zu bewegen, diese zu beenden.

Das nächste wichtige Treffen wird am 5./6. April in Hannover stattfinden. Dort wird u.a. das Zeitraster, die Logistik des Camps, die Abstimmung der verschiedenen Aktionen und die Mobilisierung weiter besprochen.

Unterstützung erfährt die Kampagne zunehmend aus dem Bundestag. Nach einem Beschluss beim Bundesparteitag der Bündnis 90/Die Grünen Ende November 2007 folgten viele positive Antwortbriefe von Abgeordneten aus allen im Bundestag vertretenen Fraktionen, nachdem diese zentral vom Kampagnenrat angeschrieben wurden. Einzig die CDU verweigert bislang eine Antwort.

Das Frühjahr soll dazu genutzt werden, viele Friedensbewegte in ganz Deutschland zur Mobilisierung nach Büchel zu bewegen. Wir haben jetzt eine große Chance, eine neue Dynamik zur weltweiten Abrüstung von Atomwaffen in Gang zu setzen. Lasst uns den Druck auf die Politik erhöhen! **rb ●**

Künstler für ein atomwaffenfreies Deutschland

Zur Mobilisierung auf die Aktionen Ende August in Büchel und dabei insbesondere zur Organisation von Bussen für die Großaktion am 30. August wurde ein Künstlerbrief initiiert. Deutschlandweit werden Künstlerinnen und Künstler angefragt eine Arbeit zur Unterstützung der Kampagne zu schaffen.

- ★ **Werkthema: „Vor der eigenen Türe kehren"**
- ★ **Es können Arbeiten aller Techniken der Bildenden Kunst entwickelt werden: Malerei Grafik, Fotografie, Drucke, Bildhauerei und andere.**
- ★ **Eine digitale Reproduktion der Arbeiten soll eingereicht werden.**
- ★ **Diese werden verwendet, um ein Plakat für die Sommeraktion in Büchel zu gestalten und um sie auf den Abrüstungsurkunden zu vervielfältigen.**
- ★ **Termin der Einreichung ist der 15.5.2008**

Auf diese Weise sollen je hundert Abrüstungspaten für jede der 20 Atombomben gefunden werden. Die Abrüstungspaten sollen eine künstlerisch gestaltete Urkunde erhalten, mit deren Erwerb sie zur Finanzierung der Aktionen im Rahmen der Kampagne beitragen. Die Abrüstungsurkunde ist darüber hinaus für die Käufer eine Busfahrkarte zu den Aktionen in Büchel. Kontakt: silvia.bopp@pressehuette.de

Diskussion - Terrorziel Büchel?

Der Widerstand gegen die ca. 20 US-Atomwaffen in Büchel ist in öffentlich wahrnehmbare Breite gewachsen. Die bisherige Strategie, sich über die Anwesenheit dieser auf deutschem Boden befindlichen US-Atomwaffen von offizieller Seite aus auszuschweigen, greift nicht mehr ausreichend.

In den Medien zeigte sich bereits ein neuer Umgang: In der Landesschau von SWR 3 wurde am 20. September 2007 ein Fernsehbeitrag gebracht, der die für Oktober 2007 mit US-Soldaten geplante Sicherheitsüberprüfung der Atomwaffen in Büchel zum Thema hatte. Hauptthema war allerdings die Bedrohung des Standortes durch einen möglichen Anschlag auf die dortigen Atomwaffen durch Terroristen. Kritisiert wurde im Beitrag, dass sich die Bevölkerung irrtümlicherweise sicher fühle und auch der ehemalige Landrat Hower keine Gefahr durch Terroristen befürchtet, da es bisher keinerlei Drohungen gegeben habe. Darüber hinaus wurden für die Reportage ausführliche Interviews über das Anliegen der Bürgerinitiative Initiativkreis gegen Atomwaffen mit Elke Koller gemacht. Als einzige inhaltliche Aussage daraus wurde verwendet, dass auch sie einen möglichen Angriff durch Terroristen für möglich halte und daher den Abzug der Atomwaffen einfordere.

Vorsicht mit dem „Terror-Argument"!

Auf unserem Vorbereitungstreffen zur Aktionswoche Ende August 2008 am Atomwaffenstützpunkt Büchel, auf der anschließend an die 7. Umrundung eine große „Go-In-Aktion" des Zivilen Ungehorsams stattfinden soll, wurde wiederholt diskutiert, welche Gefahren dahinter lauern, wenn wir uns das „Terror-Argument" auf die eigenen Fahnen schreiben, „um damit Menschen erreichen zu können, die nur deshalb für den Abzug dieser Waffen sind". Um das zu verstehen, muss man die Geschichte kennen. In den Jahren vor 2001 hatte es erfolgreiche kleinere Inspektionen gegeben. In den anschließenden Gerichtsverfahren wurde leider nicht das unseren Gesetzen übergeordnete Völkerrecht angewandt, wie von uns gefordert. Daraufhin hatte die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen (GAAA) 2001 bereits breit für den Oktober für eine große zivile Inspektion im Atomwaffenstützpunkt Büchel mobilisiert. Im Schatten des 11. September-Anschlags erfuhren wir jedoch eine starke Repression: Bürodurchsuchung, Beschlagnahme der Computer, Strafanzeige gegen unseren Koordinator... Die geplante Inspektion wurde von uns abgesagt, da wir uns aufgrund dieser Hysterie eine Einschätzung einer möglichen Eskalation in Büchel nicht zutrauten. Wir erhielten zum Glück aus der Friedensbewegung eine starke Solidarität. Heute stellt sich die Situation vor Ort anders dar: die Wogen um den 11. September haben sich einigermaßen beruhigt, und auch die Soldaten in Büchel kennen uns und die Trägerkreis-Gruppen jetzt seit vielen Jahren durch unsere Stützpunkt-Umrundungen, die vielen öffentlichen Diskussionen in der Region, Frühstücken am Haupttor usw. Gewaltfreiheit heißt für uns auch, dass wir nicht mit Gegengewalt antworten, selbst wenn wir provoziert werden, da wir diese Eskalationsspirale unterbrechen wollen. Unserem Gegenüber begegnen wir respektvoll!

Wir wissen aber auch, wie schnell mit diesem „Terror-Argument", also mit der Angst, Menschen gegen andere Menschen aufgehetzt werden können. Nicht nur als Kriegsgrund gegen Länder wurde das „Terror-Argument" mehrfach wissentlich missbraucht. Auch nach innen, gegen unsere demokratischen Bürgerrechte, wird dieses Argument vermehrt verwendet. Die USA sind hier bereits weiter, z.B. wurden dort kurz nach dem 11. September die Gesetze dahingehend verändert, dass geringfügige Grenzübertretungen bei AKWs, was schon deren Parkplatz betrifft, 10 Jahre Haft und bis zu 100.000 $ Geldstrafe zur Folge haben. Bilder von AKWs, Brücken und Flughäfen fallen heute unter das Sabotage- und Spionage-Gesetz von 1917. Wir wollen für eine solche Entwicklung kein Wegbereiter sein.

Tatsächliche Terrorgefahr bezüglich der Atomsprengköpfe

In dem 15 km großen Areal von Büchel befindet sich ein weiteres sehr kleines eingezäuntes Areal mit den US-Atomsprengköpfen. Dieses wird von US-Soldaten besonders stark bewacht. Erst bei einem Einsatzbefehl werden diese von den US-Soldaten an den Flugzeugen angebracht und an die deutschen Soldaten übergeben. Niemand, der in Büchel über den ersten Zaun eindringt, wird aus Versehen auf diese Atomsprengköpfe stoßen. Des Weiteren gibt es bisher kein Beispiel, wo Terroristen Atomsprengköpfe zur Explosion gebracht oder gestohlen haben. Es ist schon erstaunlich, auf der anderen Seite immer wieder zu beobachten, das AKWs in Einflugschneisen von Flughäfen liegen, z.B. Garching bei München mit waffenfähigem Uran. In Hanau gingen der Atomindustrie 2 kg Plutonium verloren und kein Hahn kräht danach. Von der täglichen Gefahr eines nuklearen GAUs à la Tschernobyl (1000 Hiroshimabomben) durch die Nutzung dieser Risikotechnologie ganz zu schweigen. Ich schließe mich hier ganz der Aussage der kritischen Offiziere und Unteroffiziere des Arbeitskreises Darmstädter Signal vom 70. Arbeitstreffen 2005 an:

Terrorismus kann durch Militär nicht verhindert werden. Die neue Bundesregierung ist deshalb gefordert, Vorschläge und Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen zu treffen und international durchsetzen zu helfen. **mk** ●

GAAA

Abrüstungsbericht der Bundesregierung
Ein persönlicher Bericht

Ein verregneter und kalter Januartag in der Hauptstadt. Vor dem Reichtagsgebäude treffe ich die übliche Schlange von Menschen, die sich die Kuppel von innen ansehen möchten. Der „Jährlicher Abrüstungsbericht der Bundesregierung" findet also am hellichten Tag und dazu noch mit 90 Minuten statt. Warum? Der Außenminister ist persönlich anwesend, ja sogar der Verteidigungsminister, der sich bekanntlich nicht besonders für Abrüstungsfragen interessiert, ist Teile der Debatte dabei. Anträge der Opposition, die zuerst in die entsprechenden Ausschüsse verwiesen wurden, um dort mit der Mehrheit der Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt zu werden, wurden ebenfalls behandelt. Doch die Empfehlungen aus den Ausschüssen an den Bundestag waren zu allen Anträgen gleich: Ablehnen. Dies war freilich keine Überraschung. Und doch war ich etwas schockiert darüber, wie wenige Abgeordnete sich überhaupt eingefunden hatten. Es war schließlich keine Ausschusssitzung, sondern ein regulärer Sitzungstermin des Deutschen Bundestags. Dies zeigt, wie wichtig es weiterhin für uns ist, eine Öffentlichkeit für das Thema Abrüstung – im Speziellen nukleare Abrüstung – herzustellen. Es war in meiner Wahrnehmung auch eine sehr leidenschaftslose Debatte, ja schon fast langweilig. Das Thema Abrüstung war einer von vielen Punkten an diesem Tag - nichts besonders. Inhaltlich war nichts Neues zu erfahren. Obwohl das Auswärtige Amt oft von der Opposition gelobt wurde, wird die Regierung sich nicht um den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland bemühen, den US-India-Deal nicht stoppen und auch innerhalb der NATO keine Diskussion über die Erstschlagsdoktrin anregen. Es ist wahrhaftig nicht einfach, sich in der internationalen Politik für die Abrüstung einzusetzen, aber wir können mehr von der Bundesregierung dazu erwarten. Der Bundestag wird sich auch bald wieder mit dem Thema befassen müssen: Die Grüne Bundestagsfraktion hat eine Große Anfrage zur „Zukunft der nuklearen Abrüstung" mit über 140 Fragen an die Bundesregierung gestellt. Die Bundesregierung hat nun 6 Monate Zeit diese zu beantworten. Wir können also gespannt sein.

aus Berlin **Tobias Bollinger** ●

Schreibt Protestbriefe!
Unterstützt Ihre Bank Uranwaffen-Hersteller?!
Banken investieren ihr Geld in verschiedene Konzerne - auch in Konzerne des militärischen Sektors. Bank-Watch-Gruppen haben sich das Ziel der Kontrolle dieses Geld-Transfers gesetzt. Sie verlangen Transparenz darüber, was mit unseren Geldern geschieht und fordern uns darüber hinaus auf, gegen Investitionen in die Waffenindustrie u.a. per Brief zu protestieren.
Vor diesem Hintergrund haben die belgischen internationalen Nichtregierungs-Organisationen „Vredesactie" und „For Mother Earth and Vrede" einen Brief an die Deutsche Bank und die Commerzbank aufgesetzt, die laut aktueller Untersuchung in Uranmunition investieren sollen. Der ausführliche Bericht über die weltweiten Investoren in Uranwaffen ist unter „Too Risky for Business" auf Englisch auf der Webseite www.bandepleteduranium.org/en/a/157.html zu finden.
Die ins Deutsche übersetzten Briefe an die Commerzbank und die Deutsche Bank sind auf der GAAA Webseite zu finden:
www.gaaa.org/du-1.pdf
= Commerzbank
www.gaaa.org/du-2.pdf
= Deutsche Bank
Bitte herunterladen, ausdrucken und abschicken! **DANKE! mk ●**

Der Arbeitskreis für Friedenspolitik aus Berlin hat eine Dokumentation mit Kommentaren von Brigitte Runge und Fritz Vilmar raus gegeben: „Kriegsführung mit Urangeschossen", die im Internet unter www.friedenspolitik.com herunter zuladen ist.

Vizepräsidentin des EU-Parlaments gegen Uranmunition

UN verabschiedet Resolution gegen Uranwaffen

„Die Europäische Union sollte vor der internationalen Gemeinschaft ein Beispiel setzen für ein weltweites Moratorium bezüglich Uranmunition", unterstrich Luisa Morgantini, die Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments. am 13. November 2007 in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der holländischen grünen Europaparlaments-Abgeordneten Els de Groen anlässlich des Internationalen Aktionstages gegen Uranwaffen.

Das UN-Abrüstungskomitee in New York verabschiedete Anfang November 2007 mit großer Mehrheit - 122 Länder stimmten dafür, sechs dagegen, 35 enthielten sich (u. a. Belgien) - eine Resolution, in der die UN-Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, die Gesundheitsrisiken des Einsatzes von Uranmunition zu überprüfen. Uranmunition führe zu einer langfristigen radioaktiven Verseuchung weiter Landstriche, so Luisa Morgantini. Die vier Gegenstimmen der EU-Länder Frankreich, Großbritannien, der Niederlande und der Tschechischen Republik wertete sie als bedeutendes, aber falsches Zeichen an die internationale Gemeinschaft, in der die EU eine Vorreiterrolle einnehmen sollte. *„Es ist allerhöchste Zeit, in diesem Punkt das Bewusstsein der innereuropäischen Institutionen zu stärken"*, forderte Luisa Morgantini. *„Zu diesem Zweck haben wir heute im Europäischen Parlament die ICBUW (International Coalition to Ban Uranium Weapons) empfangen, die den Start einer weltweiten Kampagne zur Rücknahme von Investitionen durch Großbanken und Investmentfirmen weltweit fordern, die in die Herstellung von Uranwaffen fließen."* Der Einsatz von Uranwaffen habe, so Morgantini, zerstörerische Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Natur. Als Konsequenz daraus forderte sie die sofortige Beendigung ihres Einsatzes und die Bekanntmachung aller Orte, an denen Uranwaffen bisher eingesetzt wurden.

„Diese Waffensysteme sind radioaktiv und chemisch giftig. Aus diesem Grund hat das Europäische Parlament seit 2001 mehrfach ein Moratorium bezüglich des Einsatzes von Uranmunition gefordert, aber von der Durchsetzung eines Verbots ist die EU noch weit entfernt. Alle europäischen Länder sollten dem Beispiel Belgiens folgen, das im März 2007 als erstes Land der Welt Uranwaffen verbot...". „Es ist an der Zeit die Wahrheit auszusprechen und zu handeln", meinte Morgantini am Schluss ihrer Ausführungen.

Mehr Informationen:
www.ippnw.de/Frieden/Uranmunition/
Eine Online-Petition zum Verbot von Uranwaffen an den deutschen Bundestag kann im Internet unterzeichnet werden:
www.uranmunition.net/petition.html mk ●

Russische Strafanzeige gegen Urenco

Vor einem Jahr stellten russische AtomkraftgegnerInnen in Münster Strafanzeige gegen die Urenco Deutschland wegen des Verdachts auf illegalen Atommüllexport von Gronau nach Russland.

Die Staatsanwaltschaft nahm zwar Ermittlungen auf, wollte den politisch brisanten Fall aber schnell wieder los werden. Im Mai stellte sie die Ermittlungen gegen die weltweit führende Urananreicherungsfirma ein. Nun fordern die russischen AktivistInnen die Wiederaufnahme der Ermittlungen und haben dazu einen Anwalt aus Münster eingeschaltet. Hintergrund ist die Lieferung von inzwischen mehr als 21 000 Tonnen abgereichertem Uran von Gronau nach Russland. Abgereichertes Uran (DU) entsteht bei der Urananreicherung als Abfallprodukt. Die Urenco und die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden in NRW und Berlin behaupten, bei dem abgereicherten Uran handele es sich um Wertstoff - doch es gibt keinen kommerziellen Weltmarkt für DU. Verwendet wird es für panzerbrechende Munition und um waffenfähiges Uran zu verdünnen. Urenco sagt aber, das DU würde in Russland wieder angereichert und dann zurück nach Gronau geliefert. Tatsache ist, dass Urenco seit 2003 überhaupt kein Uran mehr aus Russland einführt. RWE und EON besitzen die deutschen Urenco-Anteile. Der Rest gehört der britischen und der niederländischen Regierung. Urenco ist mittlerweile Weltmarktführer und expandiert aggressiv nach Frankreich und in die USA. Dazu kommen massive Ausbauten in Gronau und im benachbarten Almelo. Die billige Atommüll-"Entsorgung" in Russland hat der Urenco großen wirtschaftlichen Gewinn gebracht und die Expansion entscheidend mitfinanziert. Der Gesamtkonzern hat mehr als 80 000 Tonnen DU nach Russland verschifft, wo die Fässer unter offenem Himmel vor sich hin rosten.

Seit drei Jahren regt sich in Russland Widerstand gegen die Uranmüllimporte. Vorher waren die Urantransporte in Russland völlig geheim. Die russische Regierung hat mittlerweile versprochen, nach Auslaufen der bestehenden Verträge zwischen 2008 und 2010 keine neuen Importverträge mehr abzuschließen. Das ist bereits ein erster Erfolg des internationalen Widerstands. **Mehr Information: http://www.urantransport.de mk ●**

Krieg der Sterne, die nächste Runde

Während die meisten Raketenabwehrtests scheitern, ist den USA am 21. Februar 2008 der Abschuss eines steuerlosen Spionagesatelliten gelungen. Ob er notwendig war, darüber lässt sich spekulieren. Die offizielle Begründung, der Abschuss diene der Gefahrenabwehr, mag glauben wer will. Der Abschuss zeigt aber eindeutig, welch offensives Potential in der Raketenabwehr liegt.

Bruce Gagnon vom Global Network Against Weapons and Nuclear Power ins Space schrieb in einer Presseerklärung: „Der Abschuss ist nicht anderes als eine Gelegenheit, neue Star War Technologie, nämlich Antisatellitenwaffen zu testen. Die Buschregierung bauscht das Risiko auf, um einen provozierenden Test für Weltraumwaffen durchzuführen."

Verhandlungen verhindert

Die Entscheidung zum Satellitenabschuss ist eine Provokation für Russland und China. Diese hatten erst eine Woche zuvor in der Abrüstungskonferenz in Genf erneut einen gemeinsamen Vorschlag zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum eingebracht. Immer wieder haben China und Russland in der UN-Vollversammlung das Verbot von Weltraumwaffen gefordert. Immer stimmten die USA und Israel dagegen.

Bild: US-Navy

Versteckte Drohgebärde

Die drei Aegis-Zerstörer der US Navy, die bei Hawaii für den Satellitenabschuss Stellung bezogen, patrouillieren sonst im asiatisch-pazifischen Raum und befähigen die USA, die Küste Chinas zu kontrollieren. Die Aegis-Zerstörer könnten den USA die Möglichkeit geben, Chinas 20 interkontinentale Nuklearraketen abzufangen, mit welchen China heute in der Lage ist, die Westküste der USA zu erreichen. In militärischen Planspielen des US-Militärs wurde in den letzten Jahren das Szenario eines Angriffs auf China durchgespielt. Hierbei hatten die Aegis-Zerstörer die Aufgabe, die Raketen eines chinesischen Vergeltungsschlags in der Startphase abzufangen.

Auch Russland und China haben bereits Antisatellitenwaffen getestet. Doch handelte es sich dabei um einzelne Projekte und nicht - wie die Raketenabwehrpläne der USA - um ein ganzes Waffensystem.

Heute hängt der zivile Daten- und Telefonverkehr entscheidend von der Satellitentechnologie ab. Ebenso die militärische Kommunikation und Zielfindung. Die Störung oder gar Zerstörung eines Satellitennetzes kann einem Angreifer strategische Vorteile verschaffen. Um der Aufrüstung für einen eventuellen Weltraumkrieg zu begegnen wäre es notwendig, im Geist des Weltraumvertrags alle Waffen im Weltraum zu verbieten und nicht wie bisher nur die Massenvernichtungswaffen.

Weltweite Kritik

In der Abrüstungskonferenz hatte der russische Außenminister Sergei Lavrov darauf hingewiesen, dass die Stationierung einer Weltraumwaffe durch einen Staat „eine neue Spirale der Aufrüstung am Himmel und auf der Erde" auslösen würde. Dies war ein Hinweis auf die im Rahmen der US-Raketenabwehr geplante Weltraum-Laser-Waffe. Lavrov erinnerte daran, dass die USA nur vier Jahre ein Monopol an Atomwaffen hatte, dann fand die Sowjetunion mit einer eigenen Bombe den Anschluss.

China wirft den USA vor, mit zweierlei Maß zu messen. Die USA hatten im letzten Jahr kritisiert, dass China einen eigenen Wettersatelliten abschoss. Die USA würden immer andere verdächtigen, Weltraumwaffen zu entwickeln, würden aber Vorschläge zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum zurückweisen.

Professor Michio Kaku, Beiratsmitglied des Global Network, sieht in der chinesischen Kritik einen berechtigten Ansatz. Anstatt die Fähigkeit auszubauen, Satelliten abzuschießen, sollten die USA die Führung übernehmen für einen Vertrag zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum. **wsh** ●

Internationale Münchner Friedenskonferenz 2008

So sollte es auf der Münchner Sicherheitskonferenz sein:

Der General diskutiert mit den Friedensaktivisten.

Aber so war es nicht im Bayrischen Hof, sondern im Rathaus und im Gewerkschaftshaus. Dort fand zum 6. Mal die internationale Gegenveranstaltung statt, mit einer internationalen Runde zu Friedenspolitik, Energiekrise und Klimawandel sowie einer aktuellen Runde zu:

Atomraketen - Abwehren oder Abschaffen?

Ausgangspunkt für die aktuelle Runde war der Plan der US-Regierung, in Tschechien eine Radarstation zu errichten. Diese soll in Polen eine geplante Abwehrraketenstellung mit Daten versorgen.

Unter der Moderation von Reiner Braun, dem Geschäftsführer der Juristenvereinigung IALANA, diskutierten der Physiker Prof. Hans-Peter Dürr, Luftwaffengeneral a.D. Hermann Hagena, Wolfgang Schlupp-Hauck, Vorsitzender der Friedenswerkstatt Mutlangen und Adela Jureckova aus Tschechien, Sprecherin der Initiative „Ne zakladnam" („Nein zu den Militärbasen").

Professor Dürr, in den 80ger Jahren bekannt geworden durch seine Kritik am SDI- Programm Reagans, glaubt, es gehe letztlich um die Kontrolle des Weltraums. General a.D. Hagena bezweifelt die technische und finanzielle Machbarkeit eines Raketenabwehrsystems. Es binde Mittel, die an anderer Stelle fehlten. Auch er hält die militärische Kontrolle des Weltraums durch die USA für das eigentliche Ziel.

Der General diskutiert nicht nur mit den Friedensbewegten er ist sogar mit ihnen einer Meinung.

Adela Jureckova berichtete über viele Aktivitäten von „ne zakladnam", die von 70% der Bürger unterstützt wird. Sie wollten kein Werkzeug der US-Militärpolitik werden. Die Raketenabwehr schaffe neue Spannungen zwischen Russland und den USA, was weder im Interesse Tschechiens noch im Interesse der Welt liege.

Wolfgang Schlupp-Hauck befürchtet, die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen führe zu einem neuen Rüstungswettlauf. Er forderte nukleare Abrüstung statt Raketenabwehrplänen, eine Welt ohne Atomwaffen brauche diese nicht. **Thomas Rödl**,

Sprecher DFG-VK Bayern ●

25 Jahre „Mayors for Peace“:

Mehr als 2020 Mitgliedsorte

Florenz, war am 21. und 22. November 2007 Gastgeber der 7. Exekutivkonferenz der Mayors for Peace. Dort wurde das 25jährigen Bestehen gefeiert.

Doch schon bereits 1955 und damit lange vor der Gründung der Mayors for Peace im Jahr 1982, hatte das damalige Florenzer Stadtoberhaupt zu einem internationalen Treffen von Bürgermeistern eingeladen, um die atomare Abrüstung auch zu einem Gegenstand der Kommunalpolitik zu machen. Damals waren nur wenige seinem Aufruf gefolgt. Inzwischen empfinden es immer mehr Bürgermeister als eine Bedrohung für ihre Stadt, dass die immer noch vorhandenen riesigen Potentiale nuklearer Waffen vor allem auf Städte gerichtet sind.

Weltweite Unterstützung

Mit ihrem Appell CANT (Cities Are Not Targets - Städte sind keine Zielscheiben) haben die Mayors for Peace inzwischen die Unterstützung der größten weltweiten Städtevereinigung gefunden, die über die Hälfte der Menschheit repräsentiert. Bürgermeister Akiba berichtete, dass die „Vereinten Städte und Lokalen Regierungen“ (UCLG) im Oktober auf ihrem Weltkongress in Jeju, Südkorea, ihre Unterstützung für die „2020 Vision Campaign“ erklärt und den Appell „CANT“ angenommen haben. Die Mitglieder der Exekutivkonferenz bekräftigten in Florenz ihr Ziel der Abschaffung aller Nuklearwaffen bis 2020 und beschlossen folgende Maßnahmen:

Neue Mobilisierung

Zur Vorbereitung auf das von den Vereinten Nationen verkündete „Jahrzehnt der Abrüstung, 2010 bis 2020“ wird Phase III der „2020 Vision Campaign“ gestartet. Sie wird von den Mayors for Peace im Mai in Genf zur NPT-PrepCom der Öffentlichkeit vorgestellt. Es soll zu zwei UN-Konferenzen aufgerufen werden, von denen eine das Ziel verfolgt, ein Rahmenabkommen über nukleare Abrüstung mit allen ihren Aspekten zu erreichen und die andere, das internationale humanitäre Recht stärken soll, um die Städte vor der Geißel des Krieges zu schützen.

Die Kampagne zur „2020-Vision“ soll erweitert und mit finanzieller Unterstützung durch freiwillige Beiträge von Mitgliedsstädten, Stiftungen, gemeinnützigen Körperschaften und aus der Öffentlichkeit vorangetrieben werden. Dafür wurde die „2020 Vision Campaign Association“ in Ypern, Belgien gegründet, eine gemeinnützige Organisation nach belgischem Recht. Sie soll Gelder für die Kampagne im Namen der Mayors for Peace einwerben.

Die siebte Weltkonferenz der Mayors for Peace findet im August 2009 in Nagasaki statt.

Das Schlusskommunique wird allen Mitgliedsstädten zugesandt. Die Regierungen der Atomwaffenstaaten erhalten eine Resolution zur Abschaffung der Atomwaffen.

Für die Verwirklichung des Zieles der „2020-Vision“ wird entscheidend sein, inwieweit es gelingt, die Zahl der Mitgliedsstädte zu vergrößern. Ein „kleines“ Etappenziel auf diesem Wege wurde kürzlich erreicht: Anfang diesen Jahres konnte Bürgermeister Akiba verkünden, dass die Zahl von 2020 Mitgliedsstädten überschritten wurde. Am 28. Januar gehörten dem Netzwerk bereits 2.028 Mitgliedsstädte aus 127 Ländern an. **Bernd Grimpe** ●

Bretten aktiv für Frieden

Zwei Wochen lang hat die nukleare Abrüstung die ganze Stadt Bretten bewegt. Die Schulen, Vereine, Parteien und Kirchen, das Rathaus, die Moschee und die Friedensinitiative haben sich zusammengeschlossen und gemeinsam eine außergewöhnliche Veranstaltungsreihe auf die Beine gestellt: Die Brettener Friedenstage.

Vielseitiges Programm

Am 12. November 2007 eröffnete Oberbürgermeister Paul Metzger, Mitglied der Mayors for Peace, die Friedenstage offiziell. In der vollbesetzten Stadtparkhalle präsentierten Schüler aller Schularten die Ergebnisse eines Schülerwettbewerbs. Mit Kunstwerken, Liedern, Plakaten, Webseiten und Videoclips hatten sie das Thema „Atomwaffen“ erschlossen. Zwei Tage später folgte ein stimmungsvoller ökumenischer Friedensgottesdienst. Die weltpolitischen Zusammenhänge erklärte der Genfer Journalist Andreas Zumach in seinem Vortrag zur Gegenwart nuklearer Aufrüstung verständlich und kompetent. Der Höhepunkt war aber eindeutig die bewegende Aufführung der Friedensmesse des zeitgenössischen Komponisten Karl Jenkins in der Stiftskirche: „The Armed Man – A Mass for Peace“ ist ein musikalisches Monument für den Frieden. Mit beeindruckender Harmonik und Rhythmik verarbeitet das Werk verschiedene weltliche und geistliche Texte und schildert so das Rüsten zum Krieg, den Ruf zur Schlacht und mündet schließlich im Feuer von Hiroshima. Nach einem Moment absoluter Stille folgt das Schlussstück und drückt die Hoffnung auf Versöhnung aus. „Es kann keinen Frieden zwischen den Nationen ohne Frieden zwischen den Religionen geben“ ist das Fazit.

Bildquelle: Franz Csiky, Rathaus Bretten

Podiumsdiskussionen und Kultur

Am 20. November diskutierten Landtagsabgeordnete aller vier Fraktionen im Rathaus über nukleare Abrüstung. Sie zeigten sich erschreckend uninformiert, waren sich aber über die grundsätzliche Notwendigkeit zur Abrüstung einig. Ute Vogt (SPD) und Gisela Splett (Grüne) traten anschließend dem Parlamentarischen Netzwerk für nukleare Abrüstung bei. Am Tag darauf stritten sich am Edith-Stein-Gymnasium Bernd Schmidbauer (CDU), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag und die Friedensaktivistin Regina Hagen. Dabei wich Schmidbauer den wiederholten Fragen nach den Atomwaffen in Deutschland notorisch aus. „Es gibt keine Atomwaffen in Deutschland!“, sagte er wörtlich, und beharrte darauf. Sarah Armbruster (18) und Martin Hinrichs (17) gaben bei beiden Diskussionen eine kurze Einführung ins Thema und berichteten von der Jugendreise 2007 nach Wien.

Den Abschluss bildete am 23. November ein Lichtermarsch durch Bretten, der Marktplatz, Kirchen und Moschee verband.

1111 Unterschriften gesammelt

Die Brettener Friedenstage waren ein großer Erfolg. Eine grandiose Presse: fast ständig war die Lokalzeitung mit Berichten und Bildern der Veranstaltungen gefüllt. Zum Erfolg trug sicher das breite Bündnis der Religionsgemeinschaften, Schulen, Vereine und Parteien und die Unterstützung durch die Stadt und OB Metzger bei. Während der Friedenstage wurden 1111 Unterschriften auf Papierkranichen gegen Atomwaffen in Deutschland gesammelt, die der Bundesregierung übergeben werden. **Martin Hinrichs** ●

Nachruf Luise Olsen

München, 13. Januar 1943. Während einer Festrede des NS-Gauleiters Paul Giesler an der Münchner Universität kommt es zu Protesten und Tumulten. Besonders auf der Empore, wo die Studentinnen sitzen, erheben sich massive Zwischenrufe gegen die NS-Propaganda. Der Gauleiter kann nicht weiterreden. Als die NS-Leute daraufhin 20 StudentInnen festnehmen, kommt es zur offenen Revolte. SS, Polizei und Braunhemden werden aus dem Saal gedrängt, die Verhafteten sind frei.

Unter den Studenten sind Mitglieder der Weißen Rose, die mit ihren Flugblättern diesem Aufstand den Weg geebnet haben. Im Saal sitzt aber auch eine junge Studentin, die vom Widerstand tief beeindruckt und bewegt ist, aber es nicht wagt, ihre Stimme laut zu erheben. Noch nicht.

Später, während der Seniorenblockade, wird Luise Olsen mir dieses Ereignis als Schlüsselerlebnis für das spätere Erwachen ihres Widerstandsgeistes schildern. Sie wollte nicht noch einmal schweigen, auch wenn es sie eine gewaltige Überwindung kostete, den Weg des Protests und offenen Ungehorsams zu gehen. Sie hat sich deshalb auch einmal als einen „politischen Spätentwickler" bezeichnet.

Mit ihrem stillen Understatement gewann Luise nicht nur die Herzen vieler Menschen, die in Mutlangen zu gewaltfreien Blockaden zusammen kamen, sondern baute oft auch Brücken zu den Gegnern der Friedensbewegung. Ihr zurückhaltend formulierter Ton, ihr ganz und gar bescheidenes Auftreten verschafften ihr zuweilen mehr Gehör als manchem begabteren Redner aus unserer Bewegung.

Als sie zum 8. Mai 1986 Menschen der Kriegsgeneration nach Mutlangen zur Seniorenblockade einlud, da kamen mehr „Alte" als irgendwer für möglich gehalten hatte: 600 SeniorInnen waren an den dreitägigen Aktionen beteiligt. Im Jahr darauf behinderten sogar rund 3000 Menschen ein Pershing-Manöver. Luise schrieb im Aufruf: „Wenn Menschen unserer Generation, erzogen nach den Grundsätzen von Gehorsam und Ordnung, trotz drohender Strafverfolgung sich zu Aktionen Zivilen Ungehorsams entschließen, dann machen sie die Möglichkeit des Ausbrechens aus dem Teufelskreis der Gewalt durch ihr lebendiges Zeichen glaubwürdiger, als alle Worte es zu leisten vermögen."

Luise Engagement war vielfältig: Hiroshimatags-Aktionen und Schweigekreis auf dem Oldenburger Marktplatz, ihr Einsatz in der Atomteststopp-Kampagne. Mit ihrer ruhigen Präsenz gab sie den „jungen AktivistInnen" Unterstützung.

Im Rückblick auf ihre Friedensarbeit schrieb Luise: „Meine letzten Jahre hat ein unbeirrbarer Vorsatz bestimmt: nicht noch einmal schweigen, nicht noch einmal die Politiker machen lassen, was sie wollen, nicht noch einmal schuldig werden. Mein Einsatz besteht darin, viele kleine Schritte zu gehen…" Und sie ersann dafür ein Bild: „Regenwurmarbeit. Ich bin gerne ein Regenwurm, der den Boden auflockert und vorbereitet für die weitere Arbeit. Und dass ich dies angstfrei und freudig tun kann, finde ich wichtig."

Luises stille Art fehlt nun im oft lärmigen Konzert unserer Politik für Frieden und Abrüstung. Sie ist am 3. Januar 2008 gestorben **Uwe Painke** ●

Ich bin alt, und das ist gut so!

So lautet der Titel des jüngsten Buches von Barbara Rütting, die in diesem Winter 80 Jahre alt wurde. Wer sie erlebt mit ihrem lebhaften Auftreten und ihrer unbändigen Energie, glaubt ihr die Aussage des Buches, kaum aber ihr Alter. Zunächst war sie eine berühmte und begehrte Schauspielerin, spielte in über 45 auch internationalen Filmen Hauptrollen. Lieber noch stand sie auf der Theaterbühne, auf der sie alle wichtigen Rollen der Weltliteratur verkörperte. Doch dann beendete sie diese Karriere mit der ihr üblichen Radikalität und widmete sich dem Menschen-, Tier- und Umweltschutz. Schon in den 70er Jahren war sie eine Vorreiterin für gesunde vegetarische Vollwertkost und wurde Lebensberaterin. Immer wieder weist sie hin auf den Zusammenhang zwischen Ernährung, Massentierhaltung, Bodenverseuchung, Abholzung der Regenwälder und den Hunger in der sogenannten 3. Welt. Seit dem Ende des Kalten Krieges engagiert sie sich intensiv und erfolgreich mit Hilfsprojekten in Bulgarien, einem der ärmsten Länder Europas.

Es war nur folgerichtig, dass sich Barbara Rütting auch mit aller Konsequenz der atomaren Hochrüstung entgegenstellte. Bewusst brachte sie ihre Popularität in dem Protest gegen die Aufstellung der Pershing-II-Atomraketen ein. Nicht nur einmal, wie die meisten „Promis", sondern viele Male fuhr sie zwischen 1983 und 1985 nach Mutlangen und zu ihrem Prozess nach Schwäbisch Gmünd, bei dem sie wie üblich für ihre gewaltfreie Blockade zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Im Jahre 2003 kam sie für Bündnis 90/DIE GRÜNEN in den Bayrischen Landtag und ist seither dessen Alterspräsidentin. Ihren 80. Geburtstag feierte sie mit Mitstreitern und Mitstreiterinnen aus den vielen Bereichen ihres Engagements im dortigen Plenarsaal. Natürlich war auch die Friedensbewegung aus München und Mutlangen vertreten. Wolfgang Schlupp-Hauck lud sie in seiner Rede ein, im Herbst zur Großaktion nach Büchel zu kommen. Unter großem Beifall überreichte er ihr symbolisch einen Besen zum Auskehren der letzten Atomwaffen auf deutschem Boden. Spontan sagte sie ihre Beteiligung zu, denn „Ich muß immer etwas Neues wagen, bin begierig auf neue Erfahrungen". Selbst mit 80 Jahren bleibt sie dieser Maxime treu. Auch zum Start der „Bike for Peace and New Energies"-Tour von Paris nach Moskau bzw. Peking will sie kommen, sofern es die Verpflichtungen im Landtag zulassen. Dabei wird sie die ersten Etappen mitfahren in einem „Solar-Bike", zusammen mit der 85-jährigen Sabine Behrendt aus München. Beide geben so ein Beispiel dafür, dass Alter kein Hindernis für Aktivität sein muß!

Wir wünschen Barbara, dass ihre Kraft noch lange reicht für ihr vielseitiges Engagement! Lotte Rodi ●

Bild: Frank Winkler

Pressehütte

Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2000

Herausgeber:

Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
c/o Marion Küpker
Beckstr. 14
20357 Hamburg
Tel. 040 - 430 73 32
www.gaaa.org
mariongaaa@gmx.de
Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr

Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnnement:
Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindungen:

GAAA
GLS Gemeinschaftsbank
Konto-Nr. 8019151200
BLZ 43060967

nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte –
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:

Marion Küpker (mk)
Tel. 040 - 430 73 32
e-Mail: mariongaaa@gmx.de

V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 57
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db
Druck: GUS-Druck GmbH
70180 Stuttgart,
Tel. 07 11 - 60 03 45

www.pressehuette.de • www.gaaa.org • www.uranwaffenkonferenz.de • www.atomwaffenfrei.de

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Termine:

Friedensradtouren Sommer 2008

Das Doping im professionellen Radsport hat offensichtlich nicht zu einer Abkehr vom Radfahren geführt.
So gibt es in diesem Sommer gleich 5 (!) ein- oder mehrtägige bzw. mehrwöchige Friedensradtouren, die sich insbesondere für nukleare Abrüstung einsetzen. Vielleicht ist auch für Dich etwas dabei:

4. Pacemakers Radmarathon

– 339 km – 2. August 2008
Bretten – Heilbronn – Mannheim - Ramstein – Neustadt/Weinstraße – Bretten
Anlass: 63. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Pacemakers Rundkurs in der Eifel

– 203 km – 30. August 2008
Büchel – Gevenich – Lutzerath – Auderath – Alflen – Büchel
Anlass: Aktionscamp der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ (www.atomwaffenfrei.de)
Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen
Anmeldung und Infos: www.pace-makers.de

Aktions-Radltour „Auf Achse für Frieden“

2.–9. August 2008,
Ulm – Brdy/Tschechien (geplant), 60–80 km/Tag
Die diesjährige Tour der DFG-VK Bayern führt zum Brdy-Wald nach Tschechien, wo Teile des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems errichtet werden sollen.
Anmeldung und Infos: www.schritte-zur-abruestung.de, www.dfg-vk.de/bayern

Bike for Peace and New Energies

12. Juni bis 16. August 2008
Paris - Moskau – Peking, 3500 km,
50–130 km/Tag
Mit neuen Energien für den Frieden.
Nie wieder Krieg.
Nie wieder Faschismus.
Frieden schaffen ohne Waffen
Dieses Jahr ist auch eine Weiterfahrt zu den Olympischen Spielen nach Peking mit der transsibirischen Eisenbahn möglich.
Anmeldung und Infos: www.bikeforpeace.net

Friedensradtour

Vom 2. bis zum 11. August wird es eine Radtour von der japanischen Friedensglocke in Berlin-Friedrichshain nach Glashütte (Bombodrom, Kyritz-Ruppiner Heide) geben. Bisher wurde in 23 Gerichtsurteilen die militärische Nutzung des Bombodroms verboten. Aber im Jahr 2000 gab es ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes, in dem der Bund als Eigentümer des Bombodroms anerkannt wurde. Sollte das Bundesverteidigungsministerium irgendwann ein Nutzungskonzept vorlegen, besteht die Gefahr, dass das Bombodrom tatsächlich auch militärisch genutzt wird. Nur wenige Menschen wissen, dass auf dem Bombodrom auch das Üben der Abwurftechnik von Atombomben geplant ist. Da immer noch taktische Atombomben in Deutschland lagern, ist es nur logisch, dass hierfür geübt werden soll. Auf diesen Zusammenhang wollen wir mit der Radtour hinweisen. Wir werden unterwegs Informationsmaterial verteilen und über das Protestcamp in Büchel (25.–31.8.2008) informieren.
Bisher ist folgender Ablauf geplant:
Ab 2./3. August: Anreise in Berlin 4. August 14 Uhr: Kennenlernen, Ablauf besprechen, Aktionsideen entwickeln
6. August: 14 Uhr Abfahrt, 17 Uhr Hiroshima - Gedenkveranstaltung an der japanischen Friedensglocke im Volkspark Friedrichshain, 18 Uhr Aufbruch, 19.30 Uhr Ankunft Dahlem, Martin-Niemöller-Haus; Gespräch
7. August: Fahrt nach Babelsberg, Truman-Villa, Aktion (US-Präsident Truman gab von hier aus im Juli 1945 den Einsatzbefehl zum Abwurf der Atombombe). Weiterfahrt zum Cecilienhof (Wannsee-Konferenz), Aktion, Fahrt nach Geltow zum Einsatzkommando der Bundeswehr, Aktion, Übernachtung bei Potsdam
8. August: Weiterfahrt über Brandenburg (Aktion) nach Pritzerbe, Campingplatz am See
9. August: Fahrt nach Kyritz, Nagasaki-Gedenkaktion (mit schwimmenden Lichtern auf dem See)
10. August: Fahrt nach Glashütte (am Bombodrom, geplanter Ort für das Einüben des Loft-Verfahrens für Atombombenabwürfe), 14 Uhr Aktion, Weiterfahrt nach Schweinrich, Campingplatz am Dranser See
11. August: Auswertung, Abschied, 14 Uhr Abreise,
Zielgröße: 15-25 Leute, Anmeldung wichtig wegen Quartier- und Essensplanung. Organisatoren sind der Deutsche Friedensrat und die Sichelschmiede. Infos Hans-Peter Richter: a-hpr@t-online.de ●